

DIE STADT **BRUCK** AN DER **MUR**



Flächenwidmungsplan Nr. 1.00

Änderungsbeschluss

Auflagebeschluss: 27.06.2019

Auflagefrist: 15.07.2019 – 09.09.2019 (Erstauflage)

Neuerlicher Auflagebeschluss: 31.03.2022

Auflagefrist: 19.04.2022 – 15.06.2022 (Zweitauflage)

Beschluss des Gemeinderates: 23.03.2023

Änderungsbeschluss des Gemeinderates: 24.10.2023

**Wortlaut
zum
Flächenwidmungsplan Nr. 1.00
der Stadtgemeinde
Bruck an der Mur**



- Ä N D E R U N G S B E S C H L U S S -

Stand: 17.10.2023

Verfasser:



Pumpernig & Partner ZT GmbH

DI Maximilian Pumpernig
Staatlich befugter und beeideter Ziviltechniker
Ingenieurkonsulent für Raumplanung und Raumordnung
Mariahilferstraße 20, 8020 Graz

Bearbeitung:

DI Maximilian Pumpernig
DI Günther Eppensteiner (Referent)
Maga. Siegrun Rutrecht (Sachbearbeitung/Grafik)



Stadtgemeinde Bruck an der Mur:

Fachbereich Bau und Betriebe
Koloman-Wallisch-Platz 1
8600 Bruck an der Mur

Bearbeitung:

DI Dr. Robert Pichler

GZ: 174FR18

INHALTSVERZEICHNIS

	SEITE
WORTLAUT ZUM FLÄCHENWIDMUNGSPLAN Nr. 1.00	1
§ 1 Rechtsplan/ Plangrundlage/ Verfasser	1
§ 2 Festlegungen/ Abgrenzung der Nutzungsarten	1
§ 3 Festlegung der Baulandkategorien	2
(1) Vollwertiges Bauland	2
(2) Aufschließungsgebiete	2
(3) Sanierungsgebiete	9
§ 4 Räumlich übereinander liegende und zeitlich aufeinander folgende Nutzungen	12
§ 5 Festlegungen zur Freiraumgestaltung, Höhenentwicklung und Geländeveränderungen	14
§ 6 Einkaufszentren	15
§ 7 Ausschluss einer Wohnnutzung	15
§ 8 Bebauungsplanzonierung	15
§ 9 Sondernutzungen im Freiland	16
§ 10 Ersichtlichmachungen	17
§ 11 Uferstreifen entlang von Gewässern/ Niederschlags- und Hangwasserentsorgung	21
§ 12 Maßnahmen zur Aktiven Bodenpolitik	22
§ 13 Tierhaltungsbetriebe	25
§ 14 Inkrafttreten/ Außerkrafttreten	26
Anlage 1: Auflistung der geltenden Bebauungspläne und –Bebauungsrichtlinien	27
Anlage 2: Vorgaben der Naturschutz Akademie Steiermark	28
Verfahrensblatt	29

Abkürzungsverzeichnis:

Abs.	Absatz
AWG	Abfallwirtschaftsgesetz
BauG	Baugesetz
BBPl	Bebauungsplan
BGBI. Nr.	Bundesgesetzblatt Nummer
EP	Entwicklungsplan
FWP	Flächenwidmungsplan
gem.	gemäß
GO	Gemeindeordnung
GR	Gemeinderat
GZ	Geschäftszahl
idF	in der Fassung
idgF	in der geltenden Fassung
iSd	im Sinne des/der
iVm	in Verbindung mit
KG	Katastralgemeinde
leg cit	legis citatae (des zitierten Gesetzes)
lfde.	laufende
LGBl. Nr.	Landesgesetzblatt Nummer
lit.	Litera
Nr.	Nummer
REPRO	Regionales Entwicklungsprogramm
ROG	Raumordnungsgesetz
STEK	Stadtentwicklungskonzept
sh.	siehe
St/Stmk.	Steiermärkisch(e)(es)
Teilfl.	Teilfläche (eines Grundstückes)
u.a.	und andere
udgl.	und dergleichen
vgl.	vergleiche
WLV	Forsttechnischer Dienst der Wildbach- und Lawinenverbauung
WRG	Wasserrechtsgesetz
Z.	Ziffer/Zahl

WORTLAUT ZUM FLÄCHENWIDMUNGSPLAN NR. 1.00 DER STADTGEMEINDE BRUCK AN DER MUR

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Bruck an der Mur hat in seiner Sitzung am 23.03.2023 und 24.10.2023 (Änderungsbeschluss) den Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 (FWP) beschlossen.

Die öffentliche Auflage des Entwurfes erfolgte in der Zeit von 15.07.2019 bis 09.09.2019. Aufgrund wesentlich geänderter Planungsvoraussetzungen (Gefahrenzonenplan 2020 der WLVI und Abflussuntersuchung ABU VI 2017 GZP Mur Friesach-Niklasdorf) waren Änderungen im gesamten Gemeindegebiet erforderlich und war somit eine Neuauflage des Entwurfes erforderlich. Die neuerliche öffentliche Auflage des Entwurfes erfolgte in der Zeit von 19.04.2022 bis 15.06.2022.

§ 1

RECHTSPLAN/ PLANGRUNDLAGE/ VERFASSER

- (1) Der Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Bruck an der Mur besteht aus dem Verordnungswortlaut, der zeichnerischen Darstellung im Maßstab 1:5.000, dem Bebauungsplanzonierungsplan im Maßstab 1:10.000 und der Plandarstellung Beschränkungen im Maßstab 1:10.000.

Die Begründungen sind im Erläuterungsbericht mit den nachfolgend aufgelisteten Deckplänen angeführt:

- | | |
|----------------------------|-----------------|
| - Baulandflächenbilanzplan | Maßstab 1:5.000 |
| - Differenzplan | Maßstab 1:5.000 |

- (2) Die zeichnerische Darstellungen im Maßstab 1:5.000 sowie 1:10.000 (Bebauungsplanzonierungsplan, Beschränkungen), verfasst von der Pumpernig & Partner ZT GmbH, Mariahilferstraße 20, 8020 Graz, GZ: 174FR18, Stand: 17.10.2023, basierend auf der Digitalen Katastermappe (DKM), Stand: Oktober 2020, bilden einen integrierenden Bestandteil dieser Verordnung und stellen die räumlich/funktionelle Gliederung des Gemeindegebietes in Bauland, Verkehrsflächen und Freiland gemäß § 26 (1) StROG 2010, LGBI. Nr. 49/2010 idF LGBI. Nr. 15/2022 dar.

§ 2

FESTLEGUNGEN/ ABGRENZUNG DER NUTZUNGSARTEN

- (1) Die Festlegung von Grenzen im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 sind Nutzungsgrenzen aufgrund der Lage in der Natur und den naturräumlichen Gegebenheiten.



- (2) Sofern sich die Abgrenzungen des Baulandes mit den auf der Plangrundlage ersichtlichen Grundgrenzen und Baulandgrenzen aufgrund gegebener bundes- und landesgesetzlicher Nutzungsbeschränkungen (Hochwasserabflussbereiche, Wald) bzw. aus siedlungspolitischen Zielsetzungen (eine Bautiefe) nicht decken, sind die erforderlichen Kotierungen im Planwerk näher dargestellt.

§ 3

FESTLEGUNG DER BAULANDKATEGORIEN

GEMÄSS § 29 (2) – (4) STROG 2010

- (1) **VOLLWERTIGES BAULAND (gemäß § 29 (2) StROG 2010)**

Vollwertiges Bauland sind alle Baulandflächen, die nicht ausdrücklich als Aufschließungsgebiete gem. § 3 (2) des Wortlautes oder Sanierungsgebiete gem. § 3 (3) des Wortlautes festgelegt sind.

- (2) **AUFSCHLIESSUNGSGEBIETE (gemäß § 29 (3) StROG 2010)**

Die Bezeichnung der Aufschließungsgebiete erfolgt entsprechend dem beiliegenden Planwerk zum Flächenwidmungsplan. Unter § 3 (2) Z. 6 werden diese näher beschrieben. Der Nachweis zur Umsetzung/Erfüllung der Aufschließungserfordernisse obliegt den Grundstückseigentümern/Bauwerbern.

- Z. 1 **BESCHAFFENHEIT BZW. TRAGFÄHIGKEIT DES UNTERGRUNDES:**

Alle im Zuge der Neuerstellung des Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 als Bauland festgelegten unbebauten Grundflächen, für welche Altablagerungen und Altstandorte (Verdachtsflächen) ersichtlich gemacht sind, werden als Aufschließungsgebiete festgelegt. Als Aufschließungserfordernis werden die Einholung von umfassenden fachspezifischen Gutachten zur weiteren Nutzung und der Nachweis der Eignung der betroffenen Flächen für eine Bebauung festgelegt.

- Z. 2 **ÄUSSERE ANBINDUNG, INNERE ERSCHLIESSUNG UND PARZELLIERUNG**

Eine ausreichend dimensionierte äußere Anbindung liegt dann vor, wenn entsprechend den technischen Normen und Richtlinien (RVS; Baugesetz 1995, Vorgaben der Feuerwehr,...) eine für den jeweiligen Verwendungszweck gestaltete Zufahrt errichtet wurde und rechtlich gesichert ist. Bei Betroffenheit von Landesstraßen hat die äußere Anbindung in Abstimmung mit der Baubezirksleitung oder der Abteilung 16 zu erfolgen. Die innere Erschließung erfordert den Nachweis der bauplatzbezogenen verkehrstechnischen Erschließung und der Errichtung der erforderlichen Anschlüsse an das bestehende Kanalnetz, das Wasserleitungsnetz und an das Stromnetz.

Der Nachweis der Parzellierung ist dann erfüllt, wenn nach Form und Größe zweckmäßig gestaltete Grundstücke geschaffen wurden.



Z. 3 LÄRMIMMISSIONEN

Für den Ruheanspruch von Flächen sind die Planungsrichtwerte (für die jeweilige Baulandkategorie) gemäß ÖNORM S 5021 der relevanten Bauplatzteile einzuhalten. Zur Beurteilung der Lärmimmissionen ist der Beurteilungspegel L_R gemäß ÖNORM S 5021 (unter Berücksichtigung von Korrekturwerten, Korrekturwert aufgrund der zeitlichen Dauer) heranzuziehen. Die relevanten Bauplatzteile stellen im Tagzeitraum (6-19 Uhr) die erforderlichen Gartenbereiche/ Außenbereiche, im Abendzeitraum (19-22 Uhr) und im Nachtzeitraum (22-6 Uhr) Bereiche im Gebäudeinneren (Schlafräume) sowie Außenbereiche (bzw. Bereiche vor den Fenstern von Schlafräumen), wo ein Aufenthalt im Freien auch im Nachtzeitraum nicht ausgeschlossen werden kann, dar.

Im jeweiligen Anlassfall (Bauverfahren/ Neu-/Zu-/Umbau) ist zu überprüfen (auch unter Heranziehung von vergleichbaren Referenzgutachten), ob auf dem zu bebauenden Grundstück die für die Örtliche und Überörtliche Raumplanung maßgebenden, festgelegten Immissionsrichtwerte für die relevanten Aufenthaltsbereiche der Zeiträume Tag, Abend und Nacht, bezogen auf die jeweilige Baugebietskategorie gemäß § 30 (1) StROG 2010 eingehalten werden können. Bei Vorliegen von Überschreitungen der Planungsrichtwerte sind durch die Baubehörde entsprechende bauliche Lärmschutzmaßnahmen (Errichtung einer Lärmschutzwand, eines Lärmschutzwalles, bauliche Schallschutzmaßnahmen, beispielsweise an den Außenwänden, Fenstern und Decken bzw. Dächern und durch den Einbau von Schallschutzfenstern inkl. Lüftungseinrichtungen an den schallzugewandten Gebäudefronten) und/oder Vorgaben zu Bauungsformen und zu Grundrisslösungen (Anordnung der Räume mit lärmempfindlichen Nutzungen gemäß ÖAL-Richtlinie Nr. 26) vorzuschreiben. Die grundsätzliche Eignungsprüfung der Aufschließungsgebiete für eine Bebauung erfolgte anhand des „Handbuches für Umgebungslärm“¹.

Z. 4 ABLEITUNG DER OBERFLÄCHEN- UND HANGWÄSSER:

Für eine geordnete Ableitung der Oberflächen- und Hangwässer gemäß Hangwasserkarte des Digitalen Atlas Steiermark von Aufschließungsgebieten ist vor dem Verfahren zur Erstellung eines Bebauungsplanes, vor Erklärung zu vollwertigem Bauland oder vor Erteilung einer Baubewilligung gem. § 8 (4) StROG 2010 der Nachweis der Oberflächenentwässerung im Rahmen einer wasserbautechnischen Gesamtbetrachtung für das jeweils betroffene Gebiet zu erbringen². Oberflächenwässer dürfen dabei grundsätzlich nicht in die Entwässerungsanlagen der Landes- und Gemeindestraßen eingeleitet werden³.

¹ Verfasserin: BMLFUW 2007/ IG Umwelt und Technik

² Diesbezüglich ist jedenfalls der Leitfaden für Oberflächenentwässerung in der letztgültigen Fassung (dzt. Nr. 2.1 aus August 2017) zu beachten. Die Möglichkeit zur Einbringung von Oberflächenwässern ist frühzeitig zu erheben. Als Dimensionierungsparameter wird von der Abt14 des Amtes der Stmk. Landesregierung das 10-jährliche Regenereignis empfohlen und sind im Anlassfall Fachgutachten nach dem Stand der Technik einzuholen. Die notwendigen Flächen sind auf der Grundlage einer wasserbautechnischen Gesamtbetrachtung vorzusehen.

³ Ausgenommen davon ist eine Einleitung wenn eine Ausnahmegewilligung durch die zuständige Straßenverwaltung (Landesstraßen: Baubezirksleitung Obersteiermark Ost, Gemeindestraßen: Stadtgemeinde) und Vorlage einer Ausnahmegewilligung gem. Landes-Straßenverwaltungsgesetz, erteilt wird (retentierete Einleitung).



Z.5 LAGE INNERHALB VON WILDBACHGEFAHRENZONEN GEMÄSS GEFAHRENZONEN-PLAN ODER HOCHWASSERABFLUSSGEBIETEN:

Bei allen baurechtlichen Verfahren gelten der ministeriell genehmigte Gefahrenzonenplan und die durchgeführten Teiländerungen als relevante Rechtsgrundlage, da aufgrund des Maßstabes des Flächenwidmungsplanes allenfalls Zeichengenauigkeiten zu Fehlinterpretationen führen können. Liegen hier neuere Abflussuntersuchungen vor, so ist die anlassbezogene Evaluierung/ Prüfung durch Sachverständige erforderlich. Gegebenenfalls sind sodann geänderte Planungsinteressen vorliegend und die Planungsgrundlagen entsprechend anzupassen.

Im Zuge der nachfolgenden Individualverfahren ist das Einvernehmen mit der zuständigen Gebietsbauleitung der Wildbach- und Lawinenverbauung zum Nachweis der Gefahrenfreistellung durch Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen in Abstimmung mit der WLV der wesentlichen Teile der Bauplätze (Bereiche, die mit Gebäuden und sonstigen Bauwerken bebaut sind, PKW-Abstellflächen, Terrassen i.a.) auf Eigengrund ohne öffentliche, unwirtschaftliche Aufwendungen herzustellen. Jedenfalls ist vor Erteilung einer Baubewilligung die o.a. Abstimmung zu führen, wodurch die Bebauung in Bereiche (Teilflächen der Gelben Wildbachgefahrenzone und des Braunen Hinweisbereiches (Rutschung)) zu lenken ist, welche im allgemeinen weniger gefährdet sind (Schutz von Leben und Gut der Bauwerber sowie Einsparung vermeidbarer Aufwendungen der öffentlichen Hand im Zusammenhang mit künftigen Schutzbauten).⁴

Die Festlegung als Aufschließungsgebiet gilt für sämtliche unbebauten Baulandflächen, die in Hochwasserabflussgebieten (HQ₃₀/ HQ₁₀₀) bzw. Gelben Wildbachgefahrenzonen liegen.

Bei Bauführungen innerhalb des HQ₃₀-Hochwasserabflussgebietes ist die zuständige Dienststelle (Baubezirksleitung Obersteiermark Ost) verbindlich beizuziehen, da sämtliche Baumaßnahmen wasserrechtlich bewilligungspflichtig sind. Darüber hinaus ist in Bereichen zwischen HQ₃₀ und HQ₁₀₀ im Zuge von künftigen Bauführungen das wasserwirtschaftliche Planungsorgan zur Beratung der Baubehörde 1. Instanz beizuziehen. Im Zuge der wasserrechtlichen Bewilligung bzw. im Rahmen der Hochwasserfreistellung sind die Vorgaben des Sachprogrammes für die hochwassersichere Entwicklung der Siedlungsräume (wasserwirtschaftliche Voraussetzungen gem. SAPRO Hochwasser) bzw. der Leitlinie Naturgefahren nachzuweisen⁴.

⁴ Die Leitlinie für die Durchführung der Örtlichen Raumplanung und von Bauvorhaben bei Gefährdungen durch wasserbedingte Naturgefahren (Herausgeber: Amt der Stmk Landesregierung, ABT13, Stand: 03.10.2013, GZ: ABT13-50.1/2013-610) ist heranzuziehen.



Z. 6 FESTGELEGTE AUFSCHLIESSUNGSERFORDERNISSE

Lfd. Nr. ⁵	Bebauungsplan-zonierung	Baugebietskategorie/Flächenausmaß	Fehlende Aufschließungserfordernisse ⁶	Suchgrundstück
KG 60003 Berndorf				
1	Bebauungsplan BN1	GG (Be1) 0,2-0,8 9.255 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ 	265/2
2	Bebauungsplan BN2	GG (Be2) 0,2-1,0 6.206 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung 	186/2
3	Bebauungsplan BN3	[GG (Be3) 0,2-1,0] 6.821 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung 	186/2
4	Bebauungsplan BN4	[WR (Be4) 0,2-0,8] 18.193 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	122/1
5	Bebauungsplan BN5	WA (Be5) 0,2-1,0 31.353 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	126
6	Bebauungsplan B29 „Am Hochfeld (Kreckerspitz)“	WR (Be6) 0,2-0,6 16.911 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Berücksichtigung der Bodenfundstätte 	97/9
KG 60004 Bruck an der Mur				
7	Bebauungsplan BN8	KG (B1) bzw. [KG (B1)] 0,5-1,5 14.537 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	877/1
8	Kein Planungsinstrument	[I1 (B2) 0,2-1,5] 18.051 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung 	787/7
9	Kein Planungsinstrument	GG (B3) 0,2-0,8 3.474 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung (Brauner Hinweisbereich der WLV) • Hochwasserschutzmaßnahmen 	484

⁵ Gemäß Flächenwidmungsplan (Planwerk)⁶ Das sind gem. § 29 (3) StROG 2010 taxativ genannte, fehlende infrastrukturelle Erschließungserfordernissen sowie die Berücksichtigung gegebener bundes-/landesrechtlicher Tatbestände.⁷ Schaffung von nach Form und Größe zweckmäßig gestalteter Baugrundstücke.⁸ Umfassende Lärmfreistellung des Bauplatzes für die jeweilige Nutzung (Gebäude und wesentliche Freiflächen gem. Vorgaben der ÖNORM S 5021 oder nach Vorgabe einer an deren Stelle tretenden Nachfolgenorm.

10	Bebauungsplan BN10	[WR (B4) 0,2-0,6] 7.647 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ 	392/1
11	Bebauungsplan BN11	WA (B5) 0,2-0,5 9.639 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächenwasserentsorgung • Parzellierung⁷ • Lärmschutzmaßnahmen⁸ • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) • Hochwasserschutzmaßnahmen 	492/10
12	Kein Planungsinstrument	[GG (B6) 0,2-1,0] 957 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung 	.253
13	Kein Planungsinstrument	KG (B7) 0,5-1,0 3.862 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) • Nachweis der Standsicherheit und der Beschaffenheit des Untergrundes (Altlastenverdachtsfläche) 	496/1
KG 60031 Oberaich				
14	Bebauungsplan BN17	KG (01) 0,5-1,0 17.835 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächenwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	84
15	Bebauungsplan BN16	GG (02) 0,2-0,6 6.901 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächenwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen 	41/1
16	Bebauungsplan BN15	GG (03) 0,2-0,8 9.381 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Nachweis der Standsicherheit und der Beschaffenheit des Untergrundes (Altlastenverdachtsfläche) 	1051/1
17	Bebauungsplan BN14	GG (04) 0,2-0,8 5.297 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächenwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) 	1037/1
18	B25a „Bruck West“	GG (05) 0,2-0,8 3.994 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung 	951/9
19	Bebauungsplan BN21	WR (06) 0,2-0,4 7.182 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ 	214



20	Bebauungsplan BN12	GG (07) 0,2-0,8 13.823 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Nachweis der Standsicherheit und der Beschaffenheit des Untergrundes (Altlastenverdachtsfläche) 	951/1
21	Bebauungsplan BN18	GG (08) 0,2-0,8 7.902 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung 	1035/8
22	kein Planungsinstrument	II (09) 0,2-0,8 9.487 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächenwasserentsorgung • Nachweis der Standsicherheit und der Beschaffenheit des Untergrundes (Altlastenverdachtsfläche) 	1050/2
23	kein Planungsinstrument	II (010) 0,2-0,8 16.360 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächenwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) 	24/2
24	Bebauungsplan BN19	WA (011) 0,2-0,5 7.124 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) • Lärmschutzmaßnahmen⁸ • Parzellierung⁷ 	59
25	kein Planungsinstrument	WA (012) 0,2-0,5 1.915 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) • Lärmschutzmaßnahmen⁸ • Parzellierung⁷ 	18
26	kein Planungsinstrument	DO (013) 0,2-0,8 2.944 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) • Lärmschutzmaßnahmen⁸ • Parzellierung⁷ 	5/1
27	kein Planungsinstrument	WA (014) 0,2-0,4 2.638 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ 	169/1
KG 60032 Oberdorf-Landskron				
28	B20r „Paulahofsiedlung“	WA (011) 0,2-0,6 4.667 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ • Nachweis der Standsicherheit und der Beschaffenheit des Untergrundes (Altlastenverdachtsfläche) 	174/1
29	kein Planungsinstrument	DO (012) 0,2-0,5 4.244 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ 	35/1



30	kein Planungsinstrument	WA (OI3) 0,2-0,5 1.203 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung 	31/1
31	kein Planungsinstrument	WA (OI4) 0,2-0,6 2.755 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung 	190/1
KG 60040 Picheldorf				
32	kein Planungsinstrument	WA (P1) 0,2-0,5 768 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Nachweis der Standsicherheit und der Beschaffenheit des Untergrundes (Brauner Hinweisbereich Rutschung) 	721/3
33	kein Planungsinstrument	WA (P2) 0,2-0,5 2.430 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	548
34	Bebauungsplan BN22	WA (P3) 0,2-0,5 7.384 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	543/3
35	kein Planungsinstrument	DO (P4) 0,2-0,5 4.035 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	541/3
36	kein Planungsinstrument	WA (P5) 0,2-0,4 2.566 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	518
KG 60041 Pischk				
37	kein Planungsinstrument	WA (Pi1) 0,2-0,3 2.356 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Parzellierung⁷ • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	122/2
38	kein Planungsinstrument	WA (Pi2) 0,2-0,3 884 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	121/7
39	kein Planungsinstrument	WA (Pi3) 0,2-0,3 2.733 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	122/3
40	kein Planungsinstrument	WA (Pi4) 0,2-0,5 2.164 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Parzellierung⁷ • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	54/1
KG 60042 Pischkberg				
41	kein Planungsinstrument	WR (Pb1) 0,2-0,3 1.063 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung 	368/3
KG 60063 Streitgarn				
42	kein Planungsinstrument	WA (S1) 0,2-0,4 467 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Innere Erschließung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	228/4
43	Bebauungsplan BN20	WA (S2) 0,2-0,6 8.674 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächenwasserentsorgung • Parzellierung⁷ • Lärmschutzmaßnahmen⁸ 	215/1

44	kein Planungsinstrument	WR (S3) 0,2-0,4 2.522 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) 	118
KG 60070 Übelstein				
45	kein Planungsinstrument	WR (Ü1) 0,2-0,3 1.259 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Äußere Anbindung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) 	280/7
46	Bebauungsplan BN9	WR (Ü2) 0,2-0,3 6.336 m ²	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Erschließung • Oberflächen-/Hangwasserentsorgung • Hochwasserschutzmaßnahmen (WLV) 	272/6

(3) SANIERUNGSGEBIETE (gemäß § 29 (4) StROG 2010)

Z. 1 Sanierungsgebiet Beschaffenheit bzw. Tragfähigkeit des Untergrundes (UG):

Alle im Zuge der Neuerstellung des Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 als Bauland festgelegten, überwiegend bebauten Grundflächen, für welche Altablagerungen und Altstandorte (ALTL/ALV – Evidenz ABT15) ersichtlich gemacht wurde, werden als Sanierungsgebiete „Beschaffenheit bzw. Tragfähigkeit des Untergrundes“ gemäß § 29 (4) StROG 2010“ festgelegt.

Eine genauere Abschätzung und Beurteilung der im Flächenwidmungsplan ersichtlich gemachten Altablagerung und Altstandorte (ALTL/ALV – Evidenz ABT15), die gemäß § 11 (2) Z. 2 Altlastensanierungsgesetz 1989 im Verdachtsflächenkataster des Landes Steiermark geführt werden (Bekanntgabe vom 24.01.2019, GZ: A15-41633/2018-4), sind im Zuge nachfolgender Individualverfahren (Bauverfahren) im jeweiligen Anlassfall verbindlich vorzunehmen.

Als Sanierungszeitraum wird gemäß § 29 (4) StROG 2010 eine Frist von max. 15 Jahren eingeräumt. Die Zuständigkeit zur Sanierung obliegt den jeweiligen Grundstückseigentümern. Eine Verlängerung der Frist bei fruchtlosem Fristablauf ist nach den o.a. Bestimmungen zu prüfen.

Z. 2 Sanierungsgebiet Naturgefahren (NG):

lit. a) Kompetenzbereich der Baubezirksleitung Obersteiermark Ost (Betreuungskompetenz Bundeswasserbauverwaltung):

Die Festlegung als Sanierungsgebiet „NG“ gemäß § 29 (4) StROG 2010 gilt für überwiegend bebauten Baulandflächen, die in Hochwasserabflussgebieten (HQ₃₀/ HQ₁₀₀) gemäß § 38 WRG 1959 entlang öffentlicher Gewässer gemäß § 2 WRG 1959 liegen.

Bei Bauführungen innerhalb des HQ₃₀-Hochwasserabflussgebietes ist die zuständige Dienststelle (Bezirkshauptmannschaft Bruck-Mürzzuschlag) verbindlich beizuziehen, da sämtliche Baumaßnahmen innerhalb der Hochwasserabflussgebiete gemäß § 38 WRG 1959 wasserrechtlich bewilligungspflichtig sind. Darüber hinaus ist in Bereichen zwischen HQ₃₀ und HQ₁₀₀ im Zuge von künftigen Bauführungen das wasserwirtschaftliche

Planungsorgan der zuständigen Baubezirksleitung zur Beratung der Baubehörde 1. Instanz beizuziehen.

Als Sanierungszeitraum wird gemäß § 29 (4) StROG 2010 eine Frist von max. 15 Jahren eingeräumt. Die Zuständigkeit zur Sanierung obliegt der Bundeswasserbauverwaltung (Schutzwasserwirtschaft). Eine Verlängerung der Frist bei fruchtlosem Fristablauf ist nach den gesetzlichen Bestimmungen zu prüfen.

lit. b) Kompetenzbereich des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Steiermark Ost:

Die Festlegung als Sanierungsgebiet „NG“ gemäß § 29 (4) StROG 2010 gilt für überwiegend bebaute Baulandflächen, die innerhalb einer **Gelben Wildbachgefahrenzone** gemäß § 6 lit. a) und b) bzw. eines **Braunen Hinweisbereiches** gemäß § 7 lit. a) der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juli 1976 über die Gefahrenzonenpläne (BGBl. Nr. 436/1976) liegen. Bei Bauführungen im Nahbereich von Wildbächen iSd § 99 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 3. Juli 1975, mit dem das Forstwesen geregelt wird, BGBl. Nr. 440/1975 (in der Folge „ForstG 1975“) bzw. innerhalb der Gelben Wildbachgefahrenzonen bzw. der Braunen Hinweisbereiche ist die zuständige Dienststelle verbindlich beizuziehen. Dabei ist der ministeriell genehmigte Gefahrenzonenplan heranzuziehen.

Bestandsgebäude im Bauland, welche sich geringfügig innerhalb einer Roten Gefahrenzone befinden, werden als Sanierungsgebiet Naturgefahren festgelegt, da gebäudebezogene Schutzmaßnahmen möglich sind. Bei allen Planungen innerhalb der Roten Gefahrenzonen ist die WLV verpflichtend beizuziehen und ist eine Ausnahmegewilligung durch die WLV erforderlich.

Als Sanierungszeitraum wird gemäß § 29 (4) StROG 2010 eine Frist von max. 15 Jahren eingeräumt. Die Zuständigkeit zur Sanierung obliegt der Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Steiermark Ost. Eine Verlängerung der Frist bei fruchtlosem Fristablauf ist nach den o.a. Bestimmungen zu prüfen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Darstellung des Gefahrenzonenplanes im Flächenwidmungsplan nur unverbindlichen Informationscharakter hat und ausschließlich der ministeriell genehmigte Gefahrenzonenplan bzw. zwischenzeitlich durchgeführte Teiländerungen aufgrund einer allfälligen Maßstabproblematik heranzuziehen sind. Die Anwendung der Gefahrenzonenplaninformationen auf konkrete Planungen und Bauvorhaben bedarf immer einer einzelfallbezogenen Sachverständigenbewertung.⁹

Z. 3 Lärmsanierungsgebiete (LM)

Als Lärmsanierungsgebiet werden jene als Bauland ausgewiesenen, überwiegend bebauten Flächen festgelegt, für welche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit bzw. unzumutbare Belästigungen durch Umgebungslärm zu erwarten sind.

Schädliche Auswirkungen von Umgebungslärm auf die menschliche Gesundheit sowie unzumutbare Belästigungen sind dann zu erwarten, wenn die Grenzwerte der WHO (Guidelines for Community Noise (1999), Night Noise Guidelines (NNGI) for Europe (2007)) bzw. die Richtwerte der ÖAL-Richtlinie Nr. 3, Blatt 1 („Beurteilung von Schallemissionen im Nachbarschaftsbereich“) überschritten werden.

Weiters sind für den Ruheanspruch von Flächen die Planungsrichtwerte (für die jeweilige Baulandkategorie) gemäß ÖNORM S 5021 der relevanten Bauplatzteile einzuhalten. Zur Beurteilung der Lärmimmissionen ist der Beurteilungspegel L_R gemäß ÖNORM S 5021 (unter Berücksichtigung von Korrekturwerten, Korrekturwert aufgrund der zeitlichen Dauer) heranzuziehen. Die relevanten Bauplatzteile stellen im Tagzeitraum (6-19 Uhr) die erforderlichen Gartenbereiche/ Außenbereiche, im Abendzeitraum (19-22 Uhr) und im Nachtzeitraum (22-6 Uhr) Bereiche im Gebäudeinneren (Schlafräume) sowie Außenbereiche (bzw. Bereiche vor den Fenstern von Schlafräumen), wo ein Aufenthalt im Freien auch im Nachtzeitraum nicht ausgeschlossen werden kann, dar.

Für Gebiete mit noch nicht umgesetztem Lärmschutz ist zwischenzeitlich im jeweiligen Anlassfall (bei Neu-, Zu- und Umbauten) zu überprüfen, ob auf Grund von Immissionen keine Gesundheitsgefährdung oder unzumutbare Belästigungen zu erwarten ist bzw. die Baulandvoraussetzungen durch zusätzliche Maßnahmen herstellbar sind.

Bei nachweislichem Vorliegen einer Überschreitung sind für Neu-, Zu- und Umbauten die Nachweise der Einhaltung der festgelegten Planungsrichtwerte für die relevanten Bauplatzteile (unter Heranziehung von Lärmmessungen oder -gutachten) zu erbringen. Bei Nichteinhaltung dieser sind durch die Baubehörde entsprechende bauliche Lärmschutzmaßnahmen (Errichtung einer Lärmschutzwand, eines Lärmschutzwalles, bauliche Schallschutzmaßnahmen, beispielsweise an den Außenwänden, Fenstern und Decken bzw. Dächern und durch den Einbau von Schallschutzfenstern inkl. Lüftungseinrichtung an den schallzugewandten Gebäudefronten) und/oder Vorgaben zu Bebauungsformen (gemeint sind Gebäudesituierungen) und zu Grundrisslösungen (Anordnung der Räume mit lärmempfindlichen und lärmempfindlicher Nutzung gemäß ÖAL-Richtlinie Nr. 26) im Verfahren zu implementieren und sind diese im Rahmen der Erteilung der Benützungsbewilligung nachzuweisen.

Als Sanierungszeitraum wird gemäß § 29 (4) StROG 2010 eine Frist von max. 15 Jahren eingeräumt. Die Zuständigkeit zur Sanierung aufgrund von emittierenden Verkehrsträgern (siehe nachfolgende lit. a und b) obliegt der jeweiligen Bahnbetreiberin (ÖBB) bzw. Straßenerhalterin (Asfinag, Baubezirksleitung Obersteiermark Ost). Eine Verlängerung der Frist bei fruchtlosem Fristablauf ist nach den gesetzlichen Bestimmungen zu prüfen.



- lit. a) Straßenverkehrslärm entlang von emittierenden Verkehrsträgern
(Basis freie Schallausbreitungsberechnung bzw. Strategische Lärmkarten 2012 und 2017 gem. EU-Umgebungslärmrichtlinie)
Aufgrund einer fehlenden flächendeckenden Detailuntersuchungen (Ist-Maß) bezüglich Schallausbreitung und Immissionsbelastung werden die unmittelbar entlang der regional bedeutsamen Verkehrsträger (S6, S35, B116, L111 und L121) gelegenen Wohnbaulandbereiche, die durch keine gesonderten Lärmschutzmaßnahmen geschützt sind, als Sanierungsgebiete Lärm im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 festgelegt werden.
- lit. b) Schienenverkehrslärm im Einflussbereich von Bahnanlagen
(Strategische Lärmkarten 2012 und 2017 gem. EU-Umgebungslärmrichtlinie)
Aufgrund einer fehlenden flächendeckenden Detailuntersuchungen (Ist-Maß) bezüglich Schallausbreitung und Immissionsbelastung werden die unmittelbar entlang der regional bedeutsamen Bahnstrecken (ÖBB-Südstrecke (Wien – Graz, Wien – Klagenfurt) gelegenen Wohnbaulandbereiche, die durch keine gesonderten Lärmschutzmaßnahmen geschützt sind, als Sanierungsgebiete Lärm im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 festgelegt werden.
- lit. c) Sonstige Lärmquellen
Aufgrund fehlender Detailuntersuchungen (Ist-Maß) bezüglich Schallausbreitung und Immissionsbelastung durch sonstige Lärmquellen (Betriebsanlagen) sind im Anlassfall Nachweise zur Einhaltung der Planungsrichtwerte gem. ÖNORM S 5021 zu erbringen. Aufgrund des Fehlens aktueller Messdaten erfolgt im Nahbereich zu Betriebsanlagen keine Sanierungsgebietsfestlegung gemäß § 29 (4) StROG 2010 im Planwerk.

§ 4
RÄUMLICH ÜBEREINANDER LIEGENDE UND
ZEITLICH AUF EINANDER FOLGENDE NUTZUNGEN
GEMÄSS § 26 (2) STROG 2010

- (1) Im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 werden alle Fußgänger-, Straßen- und Bahnverbindungen über den Gewässern (Brücken) als **räumlich übereinander liegende Nutzungen** als Freiland - Ersichtlichmachung Gewässer und Verkehrsfläche für ein und dasselbe Grundstück festgelegt.
- (2) Sämtliche **Kleingartenanlagen auf Bahngrund** werden als überlagernde Nutzung festgelegt (gilt jeweils bis zur Löschung der Nutzung bzw. Ablauf der Pachtverträge).
- (3) Im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 werden aufgrund der vorhandenen/künftigen Nutzungen für die folgenden Planungsgebiete **zeitlich aufeinander folgende Nutzungen** für ein und dasselbe Nutzungsgebiet festgelegt:



Grundstück Nr. Fläche ¹⁰	Geltende Nutzung	Nachfolgenutzung	Eintrittsbedingung
KG 60003 Berndorf			
186/2, 189, 193/16 (jeweils Teilfl.), 6.821m ²	Sondernutzung im Freiland – Klein- garten (klg)	Aufschließungsgebiet für Gewerbegebiet [GG (Be3) 0,2-1,0]	• Aufgabe der bisherigen Nutzung der gesamten Kleingartenanlage
121, 122/1 (jeweils Teilfl.) 18.193 m ²	Sondernutzung im Freiland – Klein- garten (klg)	Aufschließungsgebiet für Reines Wohngebiet [WR (Be4) 0,2-0,8]	• Aufgabe der bisherigen Nutzung der gesamten Kleingartenanlage
KG 60004 Bruck an der Mur			
877/1 1.297 m ²	Freiland – land- und forstwirtschaftliche Nutzung (LF)	Aufschließungsgebiet für Kerngebiet [KG (B1) 0,5-1,5]	• Wasserrechtliche Bewilligung zur Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen zur Hochwasser-/ Gefahren-freistellung
787/7 18.051 m ²	Sondernutzung im Freiland – Klein- garten (klg)	Aufschließungsgebiet für Industriegebiet 1 [I1 (B2) 0,2-1,5]	• Aufgabe der bisherigen Nutzung der gesamten Kleingartenanlage
392/1 (Teilfl.) 7.647 m ²	Sondernutzung im Freiland – Klein- garten (klg)	Aufschließungsgebiet für Reines Wohngebiet [WR (B4) 0,2-0,6]	• Aufgabe der bisherigen Nutzung als Kleingarten-anlage
.253, 894/2 (Teilfl.) 957 m ²	Ersichtlich- machung Eisenbahn	Aufschließungsgebiet für Gewerbegebiet [GG (B6) 0,2-1,0]	• Löschung des Bahngrundes
373 (Teilfl.) 1.955 m ²	Freiland – land- und forstwirtschaftliche Nutzung (LF)	Sondernutzung im Freiland – Kleingarten [klg]	• Sicherstellung einer rechtlich gesicherten, ausreichend dimensionierten äußeren Verkehrsanbindung
KG 60031 Oberaich			
88 (Teilfl.) 37.253 m ²	Sondernutzung im Freiland – Photo- voltaikanlage (pva)	Freiland – land- und forstwirtschaftliche Nutzung [LF]	• Abbau der PV-Freiflächen-anlage nach Beendigung der Nutzung
KG 60040 Picheldorf			
588, 589/1, 597, 599, 602/1 (jew. Teilfl.), 34.451 m ²	Sondernutzung im Freiland – Photo- voltaikanlage (pva)	Freiland – land- und forstwirtschaftliche Nutzung [LF]	• Abbau der PV-Freiflächen-anlage nach Beendigung der Nutzung
KG 60063 Streitgarn			
.115 (Teilfl.), 261/14 1.616 m ²	Freiland (LF) – Ersichtlich- machung Wald	Allgemeines Wohngebiet [WA 0,2-0,4]	• Rodungsbewilligung oder Nichtwaldfeststellung

¹⁰ Digitale Flächenermittlung ohne Anspruch auf vermessungstechnische Genauigkeit



- (4) Im Stadtteil St. Ruprecht werden nördlich der Leobener Straße (B 116) räumlich überlagernde Nutzungen der Baugebiete WA mit KG festgelegt - in diesen Gebieten wird eine höhere Nutzungsvielfalt entsprechend der Legaldefinition des Baulandes Kerngebiet (KG) gem. § 30 (1) Z.3 StROG 2010 angestrebt.

Die zulässige räumliche Überlagerung wird wie folgt festgelegt:

Erdgeschoss und Untergeschoße: Kerngebiet (KG)

alle Ober- und Dachgeschoße: Allgemeines Wohngebiet (WA)

- (5) Im Bereich Bruck Süd wird südlich der Leobener Straße (B 116) im Bereich des verrohrten Weitentalbaches eine räumlich überlagernde Nutzung einer Verkehrsfläche mit dem Baugebiete Aufschließungsgebiet für Kerngebiet Verk/KG (B1) mit einem zulässigen Bebauungsdichterahmen von 0,5 – 1,5 festgelegt.

Die zulässige räumliche Überlagerung wird wie folgt festgelegt:

Erdgeschoss und Untergeschoße: Verkehrsfläche (Verk)

alle Ober- und Dachgeschoße: Aufschließungsgebiet für Kerngebiet (KG(B1))

§ 5

FESTLEGUNGEN ZUR FREIRAUMGESTALTUNG, HÖHENENTWICKLUNG UND GELÄNDEVERÄNDERUNGEN GEMÄSS § 26 (2) STROG 2010

- (1) Für die Sondernutzungen im Freiland – Photovoltaikanlage (pva) auf jeweils Teilflächen der Grundstücke Nr. 588, 589/1, 597, 599, 602/1, alle KG 60040 Picheldorf und Nr. 88, KG Oberaich werden nachfolgende festgelegt:

- Die geplanten PV-Anlagen sind gem. Plandarstellung durch Eingrünungen mit standortgerechten Bepflanzungen in das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild bestmöglich zu integrieren bzw. visuell wirksam abzuschirmen. Dabei sind die Bepflanzungsmaßnahmen gemäß den Vorgaben der Naturschutz Akademie Steiermark (Pflanz- und Auflagenvorschläge, vgl. Anlage 2) auszuführen.
- Einfriedungen sind nur in transparenter Form (Maschendrahtzaun, Stabgitterzaun) zulässig. Einfriedungen sind dabei so auszugestalten, dass diese für Kleintiere passierbar bleiben (Picheldorf).
- Die Farbgebung der PV-Module wird mit dunkelblau, grau bis schwarz sowie die Modulorientierung hangparallel festgelegt. Die Oberfläche hat Reflektionen zu vermeiden (entspiegelte Gläser).
- Die max. Anlagenhöhe der Paneele wird mit 1,8 m (Picheldorf) bzw. 2,7 m (Oberaich) festgelegt.
- Geländeänderungen/-anpassungen sind nur im technisch unabdingbaren Ausmaß bei der Errichtung der Zufahrten sowie der PV-Module zulässig.
- Nachweis der Blendfreiheit für den Verkehr durch ein Blendgutachten im Rahmen des Bauverfahrens.



§ 6**EINKAUFSZENTREN GEMÄSS § 31 STROG 2010**

- (1) Nach den Bestimmungen der Einkaufszentrenverordnung idF. LGBl. Nr. 102/2018 beträgt die maximal zulässige Verkaufsfläche für Lebensmittel bei Einkaufszentren 1 in Bruck an der Mur 4.000 m², die Verkaufsfläche für Einkaufszentren 1 und 2 beträgt insgesamt 20.000 m².
- (2) Für die in der Plandarstellung des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00 dargestellten Kerngebiete außerhalb des Stadtzentrums wird nach den Bestimmungen des § 31 (13) Z.1 StROG 2010 nach Maßgabe der Zielsetzungen des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) Nr. 1.00 die Errichtung von Einkaufszentren (EA) bzw. Einkaufszentren 1 (E1-A) ausgeschlossen.

§ 7**AUSSCHLUSS EINER WOHNNUTZUNG GEMÄSS § 30 (1) Z. 3 STROG 2010**

- (1) Innerhalb dieses Baulandes - Aufschließungsgebiet für Kerngebiet (KG (B1)) wird die Zulässigkeit der Errichtung von Wohnnutzungen gem. § 30 (1) Z.3 StROG 2010 ausgeschlossen.

§ 8**BEBAUUNGSPLANZONIERUNG
GEMÄSS § 26 (4) IVm § 40 (1) STROG 2010**

- (1) **Erlassung von Bebauungsplänen:**

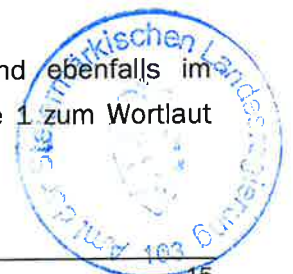
Im Bebauungsplanzonierungsplan erfolgt die plangrafische Darstellung jener Gebiete, für welche im öffentlichen Interesse der Stadtgemeinde Bruck an der Mur das Planungsinstrument des Bebauungsplanes gemäß § 40 StROG 2010 festgelegt ist.

Neben städtebaulichen Fragestellungen betreffend der bestmöglichen Einbindung in das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild, der Verteilung der zulässigen Nutzungen (Hochspannungsleitungen) und der Freihaltung von Frischluftzubringern haben die Bebauungspläne auch weitergehenden bauplatzbezogenen Festlegungen gemäß § 41 StROG 2010 zu berücksichtigen.

Dies insbesondere, um in diesen Gebieten durch eine gebietsbezogene Einfügung in bestehende Siedlungsstrukturen dem jeweiligen Orts- und Landschaftsbildcharakter der historisch tradierten Siedlungsräume und der zukünftigen planmäßigen Nachverdichtungen langfristig Rechnung zu tragen.

- (2) **Rechtswirksame Bebauungspläne und Bebauungsrichtlinien:**

Die rechtswirksamen Bebauungspläne und Bebauungsrichtlinien sind ebenfalls im Bebauungsplanzonierungsplan lagerichtig dargestellt und in der Anlage 1 zum Wortlaut aufgelistet.



Bebauungspläne:

Bestehende Bebauungspläne sind im eigenen Wirkungsbereich aufgrund gegebener und zwischenzeitlich geänderter Planungsvoraussetzungen anzupassen und auf die neuen räumlich-funktionellen/ siedlungspolitischen Gegebenheiten der Stadtgemeinde Bruck an der Mur abzustimmen. Die jeweilige Begründung ist in der Anlage 1 zum Wortlaut angeführt. Diese Bebauungspläne werden im Bebauungsplanzonierungsplan als anpassungsbedürftig (a) gemäß Planzeichenverordnung 2016 dargestellt.

Bebauungsrichtlinien:

Zur Änderung der bisher geltenden Festlegungen der wiederverlautbarten Bebauungsrichtlinien ist die Erlassung eines Bebauungsplanes gemäß § 40 StROG 2010 erforderlich. Die jeweilige Begründung zu allfällig erforderlichen Änderungen ist in der Anlage 1 zum Wortlaut angeführt. Diese Bebauungsrichtlinien werden im Bebauungsplanzonierungsplan als anpassungsbedürftig (a) gemäß Planzeichenverordnung 2016 dargestellt. Bestehende Bebauungsrichtlinien behalten ihre Rechtskraft.

§ 9**SONDERNUTZUNGEN IM FREILAND
GEMÄSS § 33 (3) Z. 1 STROG 2010**

- (1) Auf Basis der durchgeführten Bestandsaufnahme/-analyse werden aufgrund der bestehenden Verwendungszwecke sowie der festgelegten Zielsetzungen des Stadtentwicklungskonzeptes/Entwicklungsplanes Nr. 1.00 im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 Sondernutzungen im Freiland gemäß Plandarstellung und Legende ausgewiesen.
- (2) Die Errichtung von Gebäuden, Bauwerken und baulichen Anlagen im Rahmen der Sondernutzungen ist bei nachweislicher Erforderlichkeit gemäß den Bestimmungen des § 33 Abs. 5 Z. 1 StROG (Sachverständigengutachten) zulässig.
- (3) Bei zusammengefassten Kleingartenanlagen mit mehr als zehn Einheiten ist ein Gesamtkonzept oder eine Verordnung (Infrastruktur und Gestaltung) gem. § 33 (5) Z. 5 StROG 2010 erforderlich. Insbesondere darf in Kleingartenanlagen keine Dauerbewohnbarkeit geschaffen werden.
- (4) Kleingärten auf ÖBB-Bahngrund:
Bestehende bzw. neu zu errichtende Kleingärten auf ÖBB-Bahngrund (Grundstücke im Eigentum der ÖBB) gelten gleichzeitig als "zeitlich aufeinander folgende Nutzungen" im Sinne des § 26 (2) StROG 2010. Nutzungsüberlagerungen sind im Wortlaut unter § 4 gesondert geregelt.



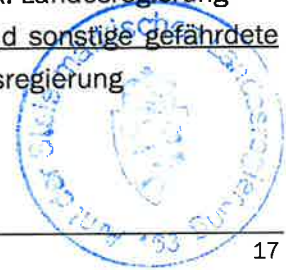
§ 10
ERSICHTLICHMACHUNGEN
GEMÄSS § 26 (7) STROG 2010

Im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Bruck an der Mur werden folgende Ersichtlichmachungen dargestellt:

(1) Ersichtlichmachungen gemäß § 26 (7) Z. 1, 2, 3, 5, 9 StROG 2010:

Hinweis: Mit Übermittlung vom 12.09.2017 wurden die GIS-Daten zur Neuerstellung des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Bruck an der Mur von der Stabsstelle Geoinformation des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung zur weiteren Bearbeitung zur Verfügung gestellt. Die grafische Darstellung der Ersichtlichmachungen im Planwerk erfolgt gem. aktuell anzuwendender Planzeichenverordnung 2016, LGBl. 80/2016, RK: 01.10.2016.

- Verwaltungsgrenzen der Stadtgemeinde Bruck an der Mur, Quelle: DKM
- fließende und stehende Gewässer, Quellen: DKM und GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung
- Verkehrsinfrastruktur (Bundes- (S6, S35) und Landesstraßen (L111, L121) mit Tunnel, Quelle: DKM
- Strategische Lärmkarten 2012 und 2017 gem. EU-Umgebungs-lärmrichtlinie, GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung
- Projekt Westbrücke, Bekanntgabe der Stadtgemeinde
- Schieneninfrastruktur (ÖBB-Südstrecke (Wien – Bruck an der Mur- Graz bzw. Klagenfurt), Bahnhof Bruck an der Mur, Frachtenbahnhof Bruck an der Mur), Quelle: DKM
- Hubschrauberlandeplatz LKH Hochsteiermark, Bescheid der BH Bruck-Mürzzuschlag vom 25.01.2017
- Hochspannungsfreileitungen und -erdleitungen, (Energienetze Steiermark GmbH, ÖBB, APG, Stadtwerke Bruck an der Mur), GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung, Bekanntgabe der Stadtgemeinde, ÖBB (05.12.2017) und APG (03.12.2017)
- Erdgasleitung „Südschiene“ Semmering – Bruck/Oberaich, Bekanntgabe der Stadtgemeinde
- Erdgasleitungen der Energienetze Steiermark GmbH, Bekanntgabe der Stadtgemeinde
- Zentrale Wasserversorgungsleitung Hochschwab-Süd (ZWHS), Bekanntgabe der Stadtgemeinde
- Abflussuntersuchungen ABU VI 2017 GZP Mur Friesach-Niklasdorf, ABU 2007 Laming und ABU 2012 Mürz: Quelle: GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung
- Rückhaltebecken, Quelle: GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung
- Meliorationsgebiete mit ausgebauter Rutschhangsanierung und sonstige gefährdete Bereiche, Quelle: GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung



- Rote und Gelbe Wildbachgefahrenzonen, Blaue Vorbehaltsbereiche, Braune und Violette Hinweisbereiche, Gefahrenzonenplan Bruck an der Mur 2020, Quelle: GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung
- Verdachtsflächen für Altlasten und Altstandorte gem. Auszug aus der Verdachtsflächendatenbank der Abteilung 15 – Referat Abfall- und Abwassertechnik, Chemie (GZ: ABT15-155510/2017-42, übermittelt am 22.02.2019)
- Wasserwirtschaftliche Beschränkungen (Brunnen und Quellen), Quelle: GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung und Bekanntgabe der Stadtgemeinde
- Naturschutzrechtliche Bestimmungen – Naturschutzbuch: Naturschutzgebiet, Naturdenkmäler, Biotope), GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung
- Natura 2000 Gebiet „Buchenwälder bei Bruck an der Mur“, Bekanntgabe der Abteilung 13 vom 28.01.2019, GZ: ABT13-50E-106/2017-43
- Denkmalgeschützte Objekte, Quelle: www.bda.at/downloads, Stand: 23.01.2019
- Archäologische Bodenfundstätten: Bekanntgabe des Bundesdenkmalamtes vom 28.09.2017, GZ: BDA-26477.obj/0003-STMK/2017
- Ortsbildzonen St. Ruprecht und Zentrum: Verordnung vom 21.10.1982, Abgrenzung durch die Stadtgemeinde
- Einrichtungen und Bildungseinrichtungen, Quelle: Stadtgemeinde
- Abbaugelände „Bauernbrandner I, II und III“ und Kalktagebau „Pischk I, II und III“, Bekanntgabe der BH Bruck-Mürzzuschlag vom 18.01.2018
- Abfallbehandlungsanlagen: Bekanntgaben der Stadtgemeinde
- Bodenaushubdeponie Oberaich: Quelle: Bescheid der Abteilung 13 vom 23.10.2015, GZ: Abt13-38.25-12/2008-75
- Tierhaltungsbetriebe: Angabe der Stadtgemeinde
- Versorgungsanlagen (Umspannwerke, Wasserkraftwerke, Wasserversorgungsanlagen, Transformatoren, Pumpstationen, Reduzierstationen-Gas,): Bekanntgabe der Stadtgemeinde, GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung und Übernahme aus geltendem FWP
- Entsorgungsanlage (Kläranlage): GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung
- Wald: DKM und Bekanntgabe der BH Bruck-Mürzzuschlag (Forstfachreferat) vom 04.06.2019
- Sendeanlagen inkl. Baubeschränkungsbereich: Bekanntgabe der Stadtgemeinde und Sendekataster
- Richtfunkstrecke Rennfeld-Mugl: Übernahme aus Flächenwidmungsplan Nr. 4.00 (Auszug Raumordnungskataster vom 17.11.2006)
- Ausschlussbereiche für Windkraftanlagen: digitale Grundlagen lt. GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung



(2) Abstandsbereiche zu Landes- und Gemeindestraßen:

- a) Gemäß den Bestimmungen des § 24 (1) Stmk. Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 (LGBl. 154/1964 idgF) gilt für bauliche Anlagen, Veränderungen des natürlichen Geländes und Einfriedungen an Straßen Folgendes:

An Durchzugsstrecken ist die Baufluchtlinie, insofern eine solche schon festgesetzt ist, einzuhalten. Die Errichtung von und der Zubau an baulichen Anlagen sowie Veränderungen des natürlichen Geländes dürfen innerhalb einer Entfernung von 15 m von der Landesstraße nur mit Zustimmung der Straßenverwaltung erfolgen.

Die Errichtung und Änderung von Einfriedungen, ausgenommen Zäune, die die Ablagerung von Schnee nicht behindern, ist innerhalb einer Entfernung von 5 m von der Straße nur mit Zustimmung der Straßenverwaltung zulässig, auch wenn keine baubehördliche Bewilligung notwendig ist.

Die Entfernung zur Straße ist zu messen:

- vom äußeren Rand des Straßengrabens,
- bei aufgedämmten Straßen vom Böschungsfuß,
- bei im Gelände eingeschnittenen Straßen von der oberen Einschnittböschungskante,
- in Ermangelung von Gräben und Böschungen von der äußeren Begrenzungslinie der Straßenbankette.

- b) Bei Gemeindestraßen und öffentlichen Interessentenwegen gilt das gleiche für eine Entfernung bis zu 5 m bzw. für Einfriedungen bis zu 2 m.

(3) Schutzabstände zu Eisenbahnen

Hinsichtlich der Abstände zu Eisenbahnen (ÖBB) wird zum Bauverbotsbereich und Feuerbereich der Bahnstrecken auf die Bestimmungen des § 42 (Bauverbotsbereich 12 m) und § 43a (Feuerbereich 50 m) Eisenbahngesetz 1957 idgF verwiesen. Diese sind jedenfalls im Rahmen nachfolgender Individualverfahren zu berücksichtigen.

(4) Sicherheitsbereiche und Schutzabstände entlang von Hoch- und Mittelspannungsfreileitungen und Gasdruckleitungen:

Bei Bauführungen im Nahbereich von Mittel- und Hochspannungsfreileitungen sind die erforderlichen Schutzabstände der Leiter von Bauwerksteilen gem. ÖVE/ÖNORM EN 50341, ÖVE/ÖNORM EN 50110 sowie ÖVE/ÖNORM E 8850 jedenfalls einzuhalten und die zuständige Vertretung des Energieversorgungsunternehmens (EVU) beizuziehen.

Bei allen Bauführungen im Nahbereich der Gashochdruckleitungen ist die zuständige Vertretung des Energieversorgungsunternehmens (EVU) beizuziehen und sind deren Vorgaben/Auflagen verpflichtend einzuhalten



(5) **Ersichtlichmachung von Waldflächen gemäß Abschnitt II des Forstgesetzes 1975, BGBl. Nr. 1975/440 idgF (forstliche Raumplanung):**

Die Darstellung der Waldgebiete im Sinne des § 7 lit. a) leg cit erfolgt aufgrund der Ausweisungen in der DKM (Stand: 17.04.2018) und nach Bekanntgabe der BH Bruck-Mürzzuschlag. Bestehen Zweifel, ob eine Grundfläche Wald ist, so hat die Behörde von Amtswegen oder auf Antrag eines Berechtigten gemäß § 19 (1) ein Feststellungsverfahren gemäß § 5 ForstG 1975 durchzuführen. Hierbei ist § 19 (4) (Partei iSd § 8 AVG) sinngemäß anzuwenden. Vor Errichtung von baulichen Anlagen für Grundflächen, die als Wald ersichtlich gemacht sind, ist eine Rodungsbewilligung gem. § 18 leg.cit. einzuholen.

(6) **Altablagerungen und Altlastenverdachtsflächen mit Bezug auf das Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989 idgF:**

Eine genauere Abschätzung und Beurteilung der im Flächenwidmungsplan ersichtlich gemachten Altablagerung (ALTL/ALV – Evidenz ABT15), die gemäß § 11 (2) Z. 2 Altlastensanierungsgesetz 1989 in der Verdachtsflächendatenbank Steiermark geführt werden (GZ: ABT15-155510/2017-42, übermittelt am 22.02.2019), sind im Zuge nachfolgender Individualverfahren (Bauverfahren) im jeweiligen Anlassfall verbindlich vorzunehmen. Bei allen Bauführungen (auch innerhalb Verkehrsflächen oder im Freiland) sind die Einholung von umfassenden fachspezifischen Gutachten zur weiteren Nutzung und der Nachweis der Eignung der betroffenen Flächen für eine Bebauung erforderlich.

(7) **Sendeanlagen:**

Im Bereich von Funk- und Sendeanlagen sind die bestimmungsgemäßen Schutzzonen gemäß ORF-interner Empfehlung einzuhalten.

- Schutzzone A: 100m-Radius, keine weitere Verbauung, keine zusätzliche Errichtung von Freileitungen
- Schutzzone B: 500m-Radius, lockere Bebauung mit Bauhöhen unter 20m; Verzicht auf Verwendung von Blechdächern

(8) **Naturschutzrechtliche Tatbestände:**

Im Zuge der nachfolgenden Individualverfahren ist im jeweiligen Anlassfall zu prüfen, ob eine Bewilligung gem. den Bestimmungen des Stmk. Naturschutzgesetzes 2017 bei Lage innerhalb der im Flächenwidmungsplan ersichtlich gemachten Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, Biotope und Naturdenkmäler erforderlich ist.

(9) **Bodenfundstätten:**

Bei allen Bautätigkeiten innerhalb der ersichtlich gemachten Bodenfundstätte ist die Beiziehung des Bundesdenkmalamtes bei allen Planungen sowie im Anlassfall die Durchführung von archäologischen Voruntersuchungen sowie der punktuellen Nachweis der Standsicherheit erforderlich und sind diese Nachweise im Zuge der nachfolgenden Individualverfahren verpflichtend beizubringen. Bei sogenannten Zufallsfunden ist die Behörde umgehend zu kontaktieren.



(10) Ortsbildschutzzone:

Mit Verordnung der Stmk. Landesregierung vom 21.10.1982, LGBl. Nr. 75/1982 wurde ein Schutzgebiet nach dem Ortsbildgesetz 1977 (Ortsbildschutzzone) für die Stadtgemeinde Bruck an der Mur festgelegt (St. Ruprecht und Zentrum). Im Zuge der nachfolgenden Individualverfahren ist innerhalb des Ortsbildschutzbereiches ein Gutachten des Ortsbildsachverständigen gemäß Stmk. Ortsbildgesetz 1977 idGF einzuholen. Weiters sind die Festlegungen und Bestimmungen des Ortsbildkonzeptes 2010 der Stadtgemeinde Bruck an der Mur (Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Bruck an der Mur vom 13.06.2010 gemäß § 2 (3) des Stmk. Ortsbildgesetzes 1977 idGF) verpflichtend einzuhalten.

(11) Klimaeignungskarte Leoben - Bruck an der Mur:

Für die im Einzugsbereich des Lamingbaches gelegenen Aufschließungsgebiete (Lamingfeld/ Berndorf) für Wohnbebauung bzw. für Industrie- und Gewerbegebiete sind im Zuge der noch erforderlichen Planungsschritte (Bebauungsplanung) im Anlassfall die entsprechenden immissionsklimatologisch relevanten Begleitmaßnahmen (wie Objektausrichtung, zulässige Höhenentwicklung, Erhaltung der Frischluftzubringerfunktion, Betriebstypen u.a.m.) durch eine entsprechende fachliche Beurteilung näher festzusetzen.

§ 11**UFERSTREIFEN ENTLANG VON GEWÄSSERN/
NIEDERSCHLAGS- UND HANGWASSERENTSORGUNG****(1) Freihaltung entlang natürlich fließender Gewässer**

Zur Sicherstellung der ökologischen Funktionsfähigkeit sowie Freihaltung der Uferzonen im Sinne des § 30 (3) WRG 1959 idGF¹¹ und gemäß den geltenden Bestimmungen des Sachprogrammes zur hochwassersicheren Entwicklung der Siedlungsräume (LGBl. Nr. 117/2005) sowie den Bestimmungen des REPRO Obersteiermark Ost (Grünzonen) sind mind. 10 m bzw. 20,0 m (Mur), gemessen ab der Böschungsoberkante, von Baulandfestlegungen bzw. von solchen Sondernutzungen im Freiland, die das Schadenspotenzial erhöhen und Abflusshindernisse darstellen freizuhalten. Abweichend können für Baulückenschließungen geringen Ausmaßes Ausnahmen gewährt werden. Dabei ist die ökologische Funktion des jeweiligen Uferstreifens zu berücksichtigen.

(2) Niederschlags- und Hangwasserentsorgung

Zur Verringerung jeglicher Hochwassersituation sowie zur Sicherstellung des Wasserhaushaltes ist es erforderlich, möglichst viel unbehandeltes Meteorwasser und

¹¹ Gemäß § 30 (3) WRG 1959 idGF wird unter Schutz der Gewässer in diesem Bundesgesetz die Erhaltung der natürlichen Beschaffenheit des Gewässers und der für die ökologische Funktionsfähigkeit des Gewässers maßgeblichen Uferbereiche sowie der Schutz des Grundwassers verstanden.



Hangwasser gemäß Hangwasserkarte für den Raum Bruck an der Mur an Ort und Stelle zurückzuhalten und zur Versickerung zu bringen und nur bei Überlastung von diesbezüglichen Anlagen (Flächen-, Mulden-, Becken-, Retentionsraumversickerung, Filtermulden, Regenrückhaltebecken, Retentions- und Filterbecken) in einen Vorfluter einzuleiten. Belastete Meteorwässer müssen, sofern nicht eine Einleitung in die Kanalisation gefordert ist, vor Versickerung dem Stand der Technik entsprechend gereinigt werden.

Hinsichtlich der hydraulischen Bemessung, Bau und Betrieb von Versickerungsanlagen wird auf die ÖNORM B 2506-1, B 2506-2, B 2506-2, die ÖWAV-Regelblätter 35 und 45 bzw. das DWA-Regelblattes A 138, jeweils in der geltenden Fassung sowie den Leitfaden für Oberflächenentwässerung, Herausgeber: Land Steiermark, Ausgabe 2.1 aus August 2017 verwiesen (wasserbautechnische Gesamtbetrachtung im Anlassfall).

§ 12

MASSNAHMEN ZUR AKTIVEN BODENPOLITIK GEMÄSS § 34 STROG 2010

(1) Privatwirtschaftliche Maßnahmen gemäß § 35 StROG 2010

Die abgeschlossenen und noch geltenden privatwirtschaftliche Maßnahmen gemäß § 35 StROG 2010 werden im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 als Maßnahme zur Aktiven Bodenpolitik fortgeführt.

(2) Bebauungsfrist gemäß § 36 StROG 2010

Für alle unbebauten Baulandflächen eines Eigentümers, die zusammenhängend mind. 3.000 m² umfassen, werden gemäß § 36 StROG 2010 nachfolgende Bebauungsfristen von 10 Jahren mit nachfolgend angeführten Fristbeginn als Maßnahme zur Aktiven Bodenpolitik festgelegt.

Grdst. Nr.	Flächenwidmung Flächenausmaß	Beginn der Bebauungsfrist	Sanktion
KG 60003 Berndorf			
262, 263, 264, 265/1, 265/2	GG (Be1) 0,2-0,8 6.330 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN1	Investitionsabgabe
186/2, 193/2, 193/16 (jew. Teilfl.),	GG (Be2) 0,2-1,0 6.206 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN2	Investitionsabgabe
186/2, 189, 193/16 (jew. Teilfl.)	klg [GG (Be3) 0,2-1,0] 6.821 m ²	Eintritt der zeitlich aufeinander folgenden Nutzung und Rechtskraft Bebauungsplan BN3	Investitionsabgabe
121, 122/1 (jew. Teilfl.),	klg [WR (Be4) 0,2-0,8] 18.193 m ²	Eintritt der zeitlich aufeinander folgenden Nutzung und Rechtskraft Bebauungsplan BN4	Investitionsabgabe

126 (Teilfl.), 124/3 (Teilfl.)	WA (Be5) 0,2-1,0 31.377 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN5	Investitionsabgabe
311/1 (Teilfl.)	GG 0,2-1,5 3.427 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
KG 60004 Bruck an der Mur			
852/6, 877/1 (Teilfl.)	KG (B1),LF [KG (B1)] 0,5-1,5 14.537 m ²	Eintritt der zeitlich aufeinander folgenden Nutzung und Rechtskraft Bebauungsplan BN8	Investitionsabgabe
787/7	klg [I1 (B2) 0,2-1,5] 18.051 m ²	Eintritt der zeitlich aufeinander folgenden Nutzung	Investitionsabgabe
392/1 (Teilfl.)	klg [WR (B4) 0,2-0,6] 7.647 m ²	Eintritt der zeitlich aufeinander folgenden Nutzung und Rechtskraft Bebauungsplan BN10	Investitionsabgabe
492/10, 492/33	WA (B5) 0,2-0,5 4.897 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN11	Investitionsabgabe
497/8	E2 0,5-1,0 3.133 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN13	Investitionsabgabe
496/1	KG (B7) 0,5-1,0 3.869 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
484, 486/3, 486/7	GG (B3) 0,2-0,8 3.474 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
KG 60031 Oberaich			
82 (Teilfl.), 84, 110/1 (Teilfl.)	KG (O1) 0,5-1,0 17.835 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN17	Investitionsabgabe
41/1, 41/2 (jew. Teilfl.)	GG (O2) 0,2-0,6 6.901 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN16	Investitionsabgabe
1051/1	GG (O3) 0,2-0,8 9.381 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN15	Investitionsabgabe
1037/1, 1037/2, 1038	GG (O4) 0,2-0,8 5.297 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN14	Investitionsabgabe
951/9	GG (O5) 0,2-0,8 3.910 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
951/1	GG (O7) 0,2-0,8 13.823 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN12	Investitionsabgabe
1035/8	GG (O8) 0,2-0,8 7.902 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN18	Investitionsabgabe



1050/2	I1 (O9) 0,2-0,8 9.487 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
28, 29, 1050/6, 1056/4, 1056/5	I1 0,2-0,8 24.816 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
24/2, 25, 74/2	I1 (O10) 0,2-0,8 16.360 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
54/1, 57/1, 58/3 (Teilfl.)	WA (O11) 0,2-0,5 4.715 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN19	Investitionsabgabe
169/1, 170/1 (jew. Teilfl.)	DO bzw. WA (O14), 0,2-0,4, 3.874 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
KG 60032 Oberdorf-Landskron			
174/1	DO (O11) 0,2-0,6 4.667 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
35/1 (Teilfl.), 33/2	WA (O12) 0,2-0,5 4.025 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
KG 60040 Picheldorf			
543/3	WA (P3) 0,2-0,5 7.384 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN22	Investitionsabgabe
541/3	DO (P4) 0,2-0,5 4.035 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
KG 60063 Streitgarn			
215/1 (Teilfl.)	WA (S2) 0,2-0,6 8.674 m ²	Rechtskraft Bebauungsplan BN20	Investitionsabgabe
134/3, 134/4, 134/5	WR 0,2-0,4 4.060 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
164/4	WR 0,2-0,4 6.860 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
120/2	WR 0,2-0,4 3.392 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe
KG 60072 Wienvorstadt			
31/2, 31/4, .21	KG 0,5-2,5 3.552 m ²	Rechtskraft Flächen- widmungsplanes Nr. 1.00	Investitionsabgabe

Als Sanktion wird für alle oben aufgelisteten Flächen bei fruchtlosem Fristablauf die Leistung einer Investitionsabgabe von € 1,00 pro m² pro Jahr gemäß § 36 (2) lit. c) StROG 2010 festgelegt. Diesbezüglich gelten die Bestimmungen des § 36 (3) bis (5) StROG 2010.



(3) Vorbehaltsflächen gemäß § 37 StROG 2010

Zur Verwirklichung der angestrebten Entwicklungsziele werden im öffentlichen Interesse nachfolgende Vorbehaltsflächen gem. § 37 StROG 2010 als Maßnahme zur Aktiven Bodenpolitik festgelegt.

Grdst. Nr.	Flächenwidmung Flächenausmaß	Vorbehaltsfläche
KG 60003 Berndorf		
127/3 (Teilfl.)	WA 0,2-1,2, 8.340 m ²	Landeskrankenhaus (LKH)
97/9 (Teilfl.)	WR (Be6), 16.911 m ²	Förderbarer Wohnbau (FWB)
KG 60004 Bruck an der Mur		
696/1	SF – ARA, 3.902 m ²	Abwasserreinigungsanlage (ARA)

§ 13**TIERHALTUNGSBETRIEBE**

Für Tierhaltungsbetriebe wird auf die geltenden Bestimmungen des StROG 2010 (§ 27 leg cit) und BauG 1995 (§ 95 leg cit) verwiesen. Die errechneten Geruchsschwellenabstände und Belästigungsbereiche werden in der Plandarstellung (G>20) oder im Deckplan „Beschränkungen“ (G<20) zum Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 ersichtlich gemacht.

Innerhalb von Belästigungsbereichen liegen die Baulandvoraussetzungen für vollwertiges Bauland der Kategorien WR, WA, KG, gem. § 29 (2) Z. 2 StROG 2010 nicht vor und werden diese Bereiche als **Sanierungsgebiet Immissionen (Luft)** festgelegt.

Die Berechnung der dargestellten Abstände erfolgte nach der vorläufigen Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen¹² jedoch unter der Annahme von „Worst Case Szenarien“ (meteorologischer Faktor f_m und Raumordnungsfaktor f_R jeweils 1,0) sodass die dargestellten Abstände die zu erwartenden Geruchsimmissionen nicht exakt wiedergeben.

Das tatsächliche Ausmaß der Belästigungsbereiche ist daher ggf. im Anlassfall gutachterlich zu beurteilen (Einzelfallbeurteilung) und sind in Bauverfahren baurechtliche Konsequenzen aus einer Detailbetrachtung der Geruchsimmissionen abzuleiten.



¹² Seit Jänner 2017 liegt die endgültige Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen vor. Nach Rücksprache mit der ABT13 ist bis zur Anpassung des gelt. StROG 2010 die VRL weiterhin anzuwenden.

§ 14

INKRAFTTRETEN / AUSSERKRAFTTRETEN

- (1) Diese Verordnung (bestehend aus Wortlaut und Planwerken zum Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Bruck an der Mur) tritt nach Genehmigung durch die Steiermärkische Landesregierung mit dem Ablauf der Kundmachungsfrist (§ 38 (13) StROG 2010) folgenden Tag in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten des neuen Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Bruck an der Mur treten die wiederverlautbarten Flächenwidmungspläne Nr. 4.00 idgF. der Stadtgemeinde Bruck an der Mur und der ehemaligen Marktgemeinde Oberaich außer Kraft.

Für den Gemeinderat:



Die Bürgermeisterin
Andrea Winkelmeier

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
A13 Umwelt und Raumordnung
8010 Graz, Stempfergasse 7
gesehen am:

09. Nov. 2023

Mag. Gernot Sommer eh.

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Genehmigt nach Maßgabe des Beschlusses
GZ: A6T13-380823/2022-46
Graz, am 17.11.2023
Es genehmigt *Winkelmeier*
Für die Steiermärkische Landesregierung
Der Abteilungsleiter

i.V.: Bernhard Benschuber eh.



Anlage 1: Auflistung der geltenden Bebauungspläne und Bebauungsrichtlinien

Rechtswirksame **Bebauungspläne** der Stadtgemeinde Bruck an der Mur (graphische Darstellung gemäß Bebauungsplanzonierungsplan):

Ifde. Nr.	Bereich: Planverfasser	KG, Suchgrdst.	Datum, GZ	Datum/ GZ der VO- Prüfung/ Rechtskraft	Anpassungs- bedarf
B1.1r/ B1.2r	Bebauungsplan "Dr. Rennergründe" Arch. Dipl. Ing. Windbichler, Graz (in 2. Abschnitten)	Bruck an der Mur, 419/1, 426	24.09.1987	30.10.1987 A16 725-0204-0004	-
B2a	Bebauungsplan "Personalwohnheim beim Neuen LKH" Arbeitsgemeinschaft Arch. Dipl. Ing. Neugebauer, Bruck an der Mur	Berndorf, 135/1	08.03.1991 29.101	01.07.1991 03-10B9-91/136	Abgrenzung
B3r	Teilbebauungsplan "Lamingfeldsiedlung" Team A, Graz	Berndorf, 154/66	04.10.1993	28.02.1994 03-10B9-94/161	-
B3-1r	1. Änderung Teilbebauungsplan „Lamingfeld- siedlung“, Dipl. Ing. Pumpernig, Graz	Berndorf, 154/83	Okt. 1996 94-B96	25.10.1996 03-10.10B14-96/14	-
B3-2r	2. Änderung Teilbebauungsplan "Lamingfeld- siedlung", Dipl. Ing. Pumpernig, Graz	Berndorf, 154/1	Juni 1998 67-BÄ98	11.07.1998 03-10.10B14-98/27	-
B4r	Bebauungsplan "Saurukgründe-Kreckerstraße" Arch. Dipl. Ing. Kölldorfer/Hehn, Graz	Bruck an der Mur, 286/1	17.06.1996	1051998 03-10.10B14-98/26	-
B5r	Teilbebauungsplan "EZ II, Wiener Straße 31-35" Dipl. Ing. Pumpernig, Graz	Berndorf, 58/9,	03.03.1999 166BN98	17.07.1999 03-10.10B14-99/35	-
B6a	Bebauungsplan „Leobener Straße Ost“ Pumpernig & Partner ZT GmbH, Graz	Bruck an der Mur, 608/2	27.03.2014 150BN13	16.04.2014	Ausschluss EZ
B7a	Teilbebauungsplan „Kornberger West“ Pumpernig & Partner ZT GmbH, Graz	Bruck an der Mur, 352/1	23.03.2004 060BN04	24.07.2004 FA 13B-10.10B14-05/75	Kategorieänderung, Dichteänderung
B8a	Bebauungsplan „Wiener Vorstadt“ Pumpernig & Partner ZT GmbH, Graz	Wiener Vorstadt, 57/1	31.05.2005 078BN05	17.06.2005 FA 13B 10.10B14-2005/77	Ausschluss EZ, angepasste Verkehrsfläche
B9r	Bebauungsplan „Raitbauergründe“ Pumpernig & Partner ZT GmbH, Graz	Bruck an der Mur, 368/2	19.06.2009 129BN09	06.10.2009 FA13B-55.02-4	-

B10a	Teilbebauungsplan „Kornberger Gründe Zentral“ Arch. Dipl.-Ing. Friedrich Moßhammer, Graz	Bruck an der Mur, 352/2 u. 352/9	15.10.2002	28.10.2010 FA13B-725-0204-0013	Kategorieänderung, Verkehrsfläche
B11a	Hochfeld 1 (Ennstal) Arch. ZT Dipl – Ing Fandler, Graz	Berndorf 127/1	25.03.2010	16.06.2010 FA13B-10.10B14/2010-95	Verkehrsfläche
B12a	Bebauungsplan „Grazer Straße Nord“ Pumpernig & Partner ZT GmbH, Graz	Bruck an der Mur, 821/58	11.03.2014 126BN13	16.04.2014	Ausschluss EZ
B13a	Bebauungsplan „Dr.-Karl-Renner-Straße Mitte“ Pumpernig & Partner ZT GmbH, Graz	Bruck an der Mur, 429/1	25.09.2014 170BN14	11.11.2014	Kategorieänderung, Dichteänderung
B14a	Teilbebauungsplan „Utschtal“ DI Pumpernig	Forstwald, 40/1	19.02.1997 35-B96	27.03.1997 03-10.10 O 2-97/55	Gefahrenzonen
B15r	Teilbebauungsplan „Mandl-Gründe“ Arch. DI Kager	Oberaich, 156/15	07.01.1993 MAN 020/1	23.07.1993 03-10.10 O 17-93/91	-
B16r	Teilbebauungsplan „Schaffer“ DI Pumpernig	Streitgarn, 262/8	29.02.2000 144BN99	29.03.2000 03-10.10 O 2-2000/88	-
B17	Bebauungsplan „Berger“ DI Pumpernig	Picheldorf, 509/18	Juni 1998 52BN98	23.07.1998 03-10.10 O 2-98/64	-
B17-1a	Bebauungsplan „Berger“ i.d.F. 1. Änderung DI Pumpernig	Picheldorf 515/2, 509/17	04.06.1999 026BÄ99	28.10.1999 03-10.10 O 2-200/80	Gefahrenzonen
B18	Teilbebauungsplan „Mandl-Erweiterung“ DI Pumpernig	Streitgarn, 170/36	07.02.1996 79-B95	26.03.1996 03-10.10 O 2-96/36	-
B18-1	Teilbebauungsplan „Mandl“ i.d.F. 1. Änderung DI Pumpernig	Streitgarn, 170/36	15.02.2001 160BÄ20	06.03.2001 03-10.10 O 2-01/100	-
B18-2	Teilbebauungsplan „Mandl“ i.d.F. 2. Änderung DI Pumpernig	Streitgarn, 170/36	21.07.2003 180BÄ02	03.09.2003, FA 13A 10.10 O 2-2003/130	-
B18-3a	Teilbebauungsplan „Mandl“ i.d.F. 3. Änderung DI Pumpernig	Streitgarn, 170/36	17.10.2003 195BÄ03	13.12.2003, FA 13B 10.10 O 2-04/148	Abgrenzung

B19r	Bebauungsplan „Gröbelmöbel“ Arch. Werner Traxler	Oberaich 1051/5	05.06.1996 9303/BP.1/1993	17.04.1994 GZ	
B20r	Bebauungsplan „Paulahofsiedlung“ DI Pumpernig	Oberdorf- Landskron, 174/1	25.10.2004 147BN04	20.11.2004, FA13B 10.10 O 2-2005/155 (ZONE I)	
B21r	Bebauungsplan „Bellaflora“ DI Pumpernig	Oberaich, 24/1	06.06.2001 036BN01	18.09.2001 03-10.10 O 2-2001/102	
B22	Bebauungsplan „Sonnkogel“ Arch. Schemmel, 8600 Bruck/ Mur	Oberaich, 199/19	21.07.2003 E 2046_10	03.09.2003 FA 13A-10.10 02-03/131	
B22-1	1.Änderung BBPL „Sonnkogel“ Arch. Schemmel	Oberaich, 199/19	28.11.2007 E 2531_1A	13.02.2008	
B22-2r	2.Änderung BBPL „Sonnkogel“ Pumpernig & Partner ZT GmbH	Oberaich, 199/19	19.04.2011 125BA11	02.05.2011 FA13B-10.10-02/2011-217	
BO23	BBPL Seniorenzentrum Pumpernig & Partner ZT GmbH	Streitgarn, 216/2	28.11.2007 146BN07	01.10.2008 FA13B-10.10- O2/2008-185	
B23-1	1.Änderung BBPL Seniorenzentrum Pumpernig & Partner ZT GmbH	Streitgarn, 216/2	24.02.2009 218BA08	04.11.2009 FA13B-10.10-02/2009-199	
B23-2	2.Änderung BBPL Seniorenzentrum Pumpernig & Partner ZT GmbH	Streitgarn, 216/2	19.11.2009 196BA09	RK: 01.01.2010 GR-Beschluss: 25.11.2009	
B23-3	3.Änderung BBPL Seniorenzentrum Pumpernig & Partner ZT GmbH	Streitgarn, 216/2	27.09.2011 176BA11	16.12.2011 FA13B-10.10-02/2011-223	
B23-4r	4.Änderung BBPL Seniorenzentrum Pumpernig & Partner ZT GmbH	Streitgarn, 216/2	04.03.2013 083BA13	GR-Beschluss: 04.03.2013	
B24a	BBPL „Streitgarn“ Pumpernig & Partner ZT GmbH	Streitgarn 164/4	25.05.2011 156BN10	GR-Beschluss: 23.05.2013	Abgrenzung
B25a	BBPL „Bruck-West“ Pumpernig & Partner ZT GmbH	Oberaich 951/2	30.05.2011 221BN09	RK: 23.07.2011 GR-Beschluss: 30.05.2011	Verkehrsfläche, Abgrenzung

B26	BBPL „Mandlgründe“ Pumpernig & Partner ZT GmbH	Streitgarn 158/17	08.11.2006 207BN06	RK: 25.11.2006 GR-Beschluss: 08.11.2006	-
B26-1	1.Änderung BBPL „Mandlgründe“ Pumpernig & Partner ZT GmbH	Streitgarn 158/17	14.12.2006 275BÄ06	RK: 16.01.2007 GR-Beschluss: 28.12.2006	-
B26-2r	2.Änderung BBPL „Mandlgründe“ Pumpernig & Partner ZT GmbH	Streitgarn 158/17	23.11.2009 195BÄ09	05.01.2010 GR-Beschluss: 25.11.2009	-
B27	BBPL „Picheldorf 1“ Pumpernig & Partner ZT GmbH	Picheldorf 487/6	14.12.2006 211BN06	RK: 02.01.2007 GR-Beschluss: 14.12.2006	
B27-1a	1.Änderung BBPL „Picheldorf 1“ Pumpernig & Partner ZT GmbH	Picheldorf 487/6	08.07.2009 275BÄ08	RK: 27.07.2009 GR-Beschluss: 09.07.2009	Gefahrenzonen
B28a	BBPL „Paulahofsiedlung 2“ Pumpernig & Partner ZT GmbH	Oberdorf- Landskron 163/23	07.02.2012 195BN11	03.09.2012 ABT13-10.10-02-2012-231	Abgrenzung, Verkehrsfläche
B29r	BBPL „Hans-Trummer-Weg“	Berndorf 97/12	29.09.2011	19.10.2011	-
B30r	BBPL „Hochfeld (Kreckerspitz)“	Berndorf 97/21	10.02.2022 177BN21	19.04.2021 GR-Beschluss: 31.03.2022	
B31r	Teil-BBpl „Jägergründe“	Berndorf 259	15.06.2022 126BN22	RK: 16.07.2022	
R1r	Bebauungsrichtlinie „Hofer“ DI Pumpernig	Oberaich, 75/1	15.02.2000 209RN99	21.03.2000 03-10.10 O 2-2000/87	-
R2a	Bebauungsrichtlinie „Lennes“ DI Pumpernig	Picheldorf, 565	068RN01 13.12.2001	08.02.2002 FA 13A 10.10 O 2-2002/113	Abgrenzung

Anlage 2: Vorgaben der Naturschutz Akademie Steiermark (Pflanz- und Auflagenvorschläge)

Heimische und wildwachsende Gehölze für Heckenpflanzungen		Wuchsbereich	Wuchsbereich	Wuchsbereich	Wuchsbereich
Name deutsch	Name wissenschaftlich	250 - 900 m frisch - trocken	250 - 900 m feucht - nass	800 - 1500 m acidophil	800 - 1500 m basiphil
Grünerle	Alnus alnobetula			x	x
Felsenbirne	Amelanchier ovalis				x
Berberitze	Berberis vulgaris				x
Dirndlstrauch, Kornelkirsche, Gelb-Hartriegel	Cornus mas	x			
Blutroter Hartriegel	Cornus sanguinea	x	x		
Hasel	Corylus avellana	x	x	x	x
Zweiggriffeliger Weißdorn	Crataegus laevigata	x			
Eingriffeliger Weißdorn	Crataegus monogyna	x	x	(x)	(x)
Trauben-Geißklee, Schwärzender Geißklee**	Cytisus nigricans	x			
Gewöhnlicher Seidelbast**	Daphne mezereum	x		x	x
Gewöhnlich-Spindelstrauch, Gewöhnliches Pfaffenkäppchen	Euonymus europaeus	x	x		
Faulbaum	Frangula alnus		x	x	x
Echter Wacholder	Juniperus communis	x		x	
Liguster	Ligustrum vulgare	x			
Blaue Heckenkirsche**	Lonicera caerulea			x	
Echtes Geißblatt	Lonicera caprifolium	x			
Gewöhnliche Heckenkirsche, Rote H.	Lonicera xylosteum	x			(x)
Apfel*	Malus domestica	x	x	(x)	(x)
Mispel	Mespilus germanica	x			
Weichsel	Prunus cerasus	x			
Zwetschken-, Kriecherl-, Kirschpflaumen-Artengruppe	Prunus domestica s. l. & P. cerasifera	x	x		
Schlehe, Schlehdorn	Prunus spinosa	x	x	(x)	x
Wildbirne*	Pyrus pyraeaster	x			x
Kreuzdorn	Rhamnus cathartica	x	x		(x)
Feld-Rose	Rosa arvensis	x			
Hundsrose	Rosa canina	x	x	(x)	(x)
Gebüsch-Rose	Rosa corymbifera	x		(x)	(x)
Essig-Rose**	Rosa gallica	x			
Kleinblütige Wein-Rose	Rosa micrantha	x			
Hängefrucht-Rose, Gebirgs-R.	Rosa pendulina				x
Wein-Rose	Rosa rubiginosa	x		(x)	(x)
Filz-Rose	Rosa tomentosa	x		(x)	(x)

[illegible]

AUFLAGENVORSCHLÄGE	Kommentare und Empfehlungen
Es dürfen ausschließlich Gehölze der angeführten Artenliste verwendet werden. Die Verwendung von Zierformen dieser Arten muss unterbleiben.	Stellt sicher, dass keine standortfremden oder gar invasiven Gehölze gepflanzt werden.
Es ist zumindest ein Drittel der angeführten Gehölzarten für die Bepflanzung zu verwenden.	Stellt sicher, dass eine artenreiche Hecke angelegt wird. Bei Flächen über 1.200 m Seehöhe bezieht sich die Auflage auf die Arten, die auch in dieser Seehöhe noch gut gedeihen können. Arten die ab 1.200 m Seehöhe schlecht oder nicht gedeihen, sind mit (x) gekennzeichnet.
Die Gehölze sind außerhalb der Umzäunung der Photovoltaik-Anlage zu pflanzen. Jedes Gehölz ist mit zumindest einem Stecken (mind. 1 m überirdische Höhe) an der Heckenaußenseite zu versehen.	Als Sichtschutz und um die ökologische Wirksamkeit zu erhöhen.
Die einzelnen Gehölzarten müssen immer abschnittsweise zu 5-6 Exemplaren gepflanzt werden.	Schutz vor versehentlichem oder absichtlicher Abmahl
Die Pflanzung der Gehölze hat in zwei Reihen zu erfolgen, wobei in einer Reihe ein Abstand von ca. 1,5 m eingehalten werden muss und die Reihen zueinander auf Lücke stehen müssen (Dreiecksverband).	Ansonsten besteht die Gefahr, dass etwas schneller wüchsigeren Arten die dazwischen liegenden Sträucher überwallen und somit artenarme Heckenbestände entstehen.
Bei einem Ausfall > 10 % der gepflanzten Individuen innerhalb eines Jahres nach der Pflanzung sind die ausgefallenen Exemplare zu ersetzen.	Die Pflanzung selbst sollte am besten im Herbst durchgeführt werden – unbedingt bei trockenen Bodenverhältnissen (aber gleichzeitig am besten vor einem angekündigten Regen)
Die Hecke ist dauerhaft, während der gesamten Betriebszeit der Photovoltaik-Anlage, zu erhalten. Ein Abstocken der Hecke ist erst ab dem erstmaligen Erreichen einer durchschnittlichen Höhe von 5 m erlaubt und darf jährlich auf max. einem Drittel der Gesamtlänge erfolgen.	stellt sicher, dass die Hecken später nicht sukzessive niedergehalten und entfernt werden.
	Die Gehölze sollten so geplant werden, dass deren gedehliche Entwicklung möglich ist. Zu beachten ist u. a. die Pflanzzeit, welche idealerweise im Oktober und November liegen sollte. Bei einer Frühjahrspflanzung muss möglicherweise damit gerechnet werden, dass eine Bewässerung der Pflanzen notwendig wird. Wichtig ist außerdem ein Pflanzschnitt bei wurzelnacktem Material. Bei hohem Wilddruck kann ein Fraßschutz und ein Fegeschutz notwendig sein. Die Pflanzungen sollten eher bei trockener Witterung durchgeführt werden und idealerweise vor einer Regenperiode. Das Einschleimen der Pflanzungen wäre ansonsten ratsam. Pflanzmaterial kann z. B. über den Landesforstgarten bezogen werden, dort ist zumindest die Wahrscheinlichkeit höher, dass genetisch passendes Material verwendet wird. Um eine den örtlichen Gegebenheiten passende und erfolgversprechende Bepflanzung durchzuführen, sollte auf die Hilfe von Fachkundigen verwiesen werden. Zu beachten ist auch, dass zu Nachbargrundstücken ein genügend großer Abstand gehalten wird. Für Hecken ist das Gesetz zum Schutz landwirtschaftlicher Betriebsflächen nicht anzuwenden, dennoch ist aus zivilrechtlicher Sicht wohl ein Abstand von 4 m zu empfehlen, auch um die Pflege der Hecke leicht möglich zu gestalten.
Verfasser: Mag. Emanuel Trummer-Fink, Mag. Gerwin Heber, Naturschutz Akademie Steiermark	

Stadtgemeinde Bruck an der Mur

FLÄCHENWIDMUNGSPLAN NR 1.00

KUNDMACHUNG (gem. § 38 (2) und (3) StROG 2010 idF LGBl. Nr. 15/2022), ÖFFENTL. AUFLAGE (gem. § 38 (4) StROG 2010 idF LGBl. Nr. 15/2022)	BESCHLUSS DES GEMEINDERATES ZUR AUFLAGE (gem. § 38 (1) StROG 2010 idF LGBl. Nr. 15/2022)
--	--

Kundmachung vom 01.04.2022	Zahl: ADION / SITZ - 2019 / 043 ADION / SITZ - 2022 / 040
----------------------------	--

Anschlag am 12.07.2019 / 07.04.2022 Datum: 27.06.2019 und 31.03.2022

Abnahme am 10.09.2011 / 15.06.2022	BESCHLUSS DES GEMEINDERATES (gem. § 38 (6) u. (7) StROG 2010 idF LGBl. Nr. 15/2022)
------------------------------------	--

Auflagefrist von 15.07.2019 bis 09.09.2019
und 19.04.2022 bis 15.06.2022

Zahl: ADION/SITZ-2023/04 ADION/SITZ-2023/041

Datum: 23.03.2023 und 24.10.2023 (Änderungs-
beschluss)

Rundsiegel

Der Bürgermeister

Rundsiegel

Die Bürgermeisterin

GENEHMIGUNG DER STMK. LANDESREGIERUNG (gem. § 38 (12) StROG 2010)	KUNDMACHUNG (gem. § 38 (13) StROG 2010)
--	--

Amt der Siedlermärkischen Landesregierung
Genehmigung nach Maßgabe des Bescheides
GZ: ABT13-380827/2-022-44
Gr: 17.11.2023

Gr. 17.11.2023
Für die Steiermärkische Landesregierung
Der Abteilungsleiter

i.V.: Bernhard Borchers eh.

Kundmachung vom 21. 11. 2023

Anschlag am 29.11.2023

Abnahme am 14.12.2023

Rundsiegel

Der Bürgermeister

PLANVERFASSEN:

PUMPERNIG & PARTNER ZT GMBH

DI MAXIMILIAN PUMPERNIG

A-8020 GRAZ, MARIAHILFERSTRASSE 20, TEL: 0316/833170-0

Zahl: 174FR18

Graz,

17.10.2023

Rundsiegel

Ort

Datum

Unterschrift

Bearb.: Pu/Ep/Pap

Bearb.: Pu/Ep/Pap

Stadtgemeinde Bruck an der Mur
Stabsstelle Stadtentwicklung & strategische Projekte

Tel.: 0 38 62/890 DW 6100

Fax: 0 38 62/890 DW 6010

raumplanung@bruckmur.at

GZ: RPL/FWP-2022/2

Bruck an der Mur, 21.11.2023

FLÄCHENWIDMUNGSPLAN (FWP) NR. 1.00

KUNDMACHUNG

gemäß § 38 Abs. 12 und 13 StROG 2010, LGBl.Nr. 49/2010 i.d.F. LGBl.Nr. 15/2022, i.V.m. § 92 Stmk. Gemeindeordnung 1967, LGBl.Nr. 115/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 68/2023

In der Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Bruck an der Mur vom 23.03.2023 wurde die Revision des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00 beschlossen. Die Revision des Flächenwidmungsplanes wurde von der Steiermärkischen Landesregierung mit Bescheid vom 17.11.2023, GZ.: ABT13-380827/2022-44 genehmigt.

Die Verordnung über die FWP-Revision der Stadtgemeinde Bruck an der Mur (Wortlaut und planliche Darstellung) tritt nunmehr mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist (2 Wochen) folgenden Tag in Rechtskraft.

Innerhalb der Kundmachungsfrist kann in die Verordnung (Wortlaut und planliche Darstellung) im Gemeindeamt während den Amtsstunden öffentliche Einsicht genommen werden. Die Auflage der Verordnung zur öffentlichen Einsichtnahme ist deswegen kundzumachen, da die Verordnung des Flächenwidmungsplanes (Wortlaut und planliche Darstellung) aufgrund ihres Umfanges den Anschlag an der Amtstafel nicht zulässt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die ggst. Verordnung auch nach der Kundmachungsfrist und dem Eintritt der Rechtskraft im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht bereitgehalten wird.

Amtsstunden: Montag bis Donnerstag: 07:30 Uhr bis 16:30 Uhr, Freitag: 7:30 bis 12:30 Uhr

Angeschlagen am: 29.11.2023 6⁰⁰ *delisbee*

Abgenommen am: 14.12.2023 6³⁰ *delisbee*

Für die Stadtgemeinde

i.V. 1. Vizebürgermeisterin

Silke Reitbauer-Rieger
Silke Reitbauer-Rieger



Abteilung 13

Stadtgemeinde Bruck an der Mur
Koloman-Wallisch-Platz 1
8600 Bruck an der Mur

→ Umwelt und
Raumordnung

Referat Bau- und Raumordnung

Bearb.: Bernhard Birhuber
Tel.: +43 (316) 877-2610
Fax: +43 (316) 877-3490
E-Mail: abt13-bau-
raumordnung@stmk.gv.at

Bei Antwortschreiben bitte
Geschäftszeichen (GZ) anführen

Graz, am 17.11.2023

GZ: ABT13-380827/2022-44

Ggst.: Stadtgemeinde Bruck an der Mur, Raumordnung,
ÖEK 1.02 + FWP 1.00
Genehmigungsbescheid

Bescheid

Spruch

Gemäß § 24 Abs. 12 des StROG 2010, LGBl.Nr. 49/2010 wird die Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1.02 der Stadtgemeinde Bruck an der Mur in der am 23.03.2023 und 24.10.2023 vom Gemeinderat beschlossenen Fassung genehmigt.

Gemäß § 38 Abs. 12 des StROG 2010, LGBl.Nr. 49/2010 wird die Revision des Flächenwidmungsplanes 1.00 der Stadtgemeinde Bruck an der Mur in der am 23.03.2023 und 24.10.2023 vom Gemeinderat beschlossenen Fassung genehmigt.

Begründung

Gemäß § 24 Abs. 9 und 12 StROG 2010 ist die beschlossene Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes der Landesregierung mit den dazugehörigen Unterlagen zur Genehmigung vorzulegen und hat die Landesregierung über die Genehmigung nach Prüfung mit Bescheid zu entscheiden.

Gemäß § 38 Abs. 9 und 12 des StROG 2010 ist der beschlossene Flächenwidmungsplan der Landesregierung zur Genehmigung vorzulegen und hat diese über die Genehmigung nach Prüfung der vorgebrachten Einwendungen mit Bescheid zu entscheiden.

Die rechtliche und fachliche Überprüfung der vorgelegten Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes hat ergeben, dass keine Versagungsgründe nach § 24 Abs. 10 des StROG 2010 vorliegen.

Die rechtliche und fachliche Überprüfung des vorgelegten Flächenwidmungsplanes hat ergeben, dass keine Versagungsgründe nach § 38 Abs. 10 des StROG 2010 vorliegen.

Der Raumordnungsbeirat hat in seiner Sitzung am 09.11.2023 den Beschluss gefasst, der Steiermärkischen Landesregierung die Genehmigung der beschlossenen Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes 1.02 sowie des Flächenwidmungsplanes 1.00 zu empfehlen.

Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 16.11.2023 den einstimmigen Beschluss gefasst, die vom Gemeinderat in den o.a. Sitzungen beschlossene Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes 1.02 sowie die beschlossene Revision des Flächenwidmungsplanes 1.00 einstimmig zu genehmigen.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Sie haben das Recht, gegen diesen Bescheid **Beschwerde** an das Verwaltungsgericht zu erheben. Die Beschwerde ist innerhalb von **vier Wochen** nach Zustellung dieses Bescheides **schriftlich bei uns** einzubringen.

Sie haben auch die Möglichkeit, die Beschwerde über das **Internet** mit Hilfe eines Web-Formulars einzubringen (<https://egov.stmk.gv.at/rmbe>). Bitte beachten Sie: Dies ist derzeit die einzige Form, mit der Sie eine beweiskräftige Zustellbestätigung erhalten.

Weitere technische Einbringungsmöglichkeiten für die Beschwerde (z.B. Telefax, E-Mail) können Sie dem Briefkopf entnehmen. Der Absender trägt dabei die mit diesen Übermittlungsarten verbundenen Risiken (z.B. Übertragungsfehler, Verlust des Schriftstückes).

Bitte beachten Sie, dass für elektronische Anbringen die technischen Voraussetzungen und organisatorischen Beschränkungen im Internet kundgemacht sind: <http://egov.stmk.gv.at/tvob>

Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, und die belangte Behörde zu **bezeichnen**. Weiters hat die Beschwerde zu enthalten:

- die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt,
- das Begehren und
- die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist.

Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat **aufschiebende Wirkung**, das heißt, der Bescheid kann bis zur abschließenden Entscheidung nicht vollstreckt werden.

Für die Beschwerde ist eine Pauschalgebühr von € 30,-- zu entrichten. Die Gebührenschuld entsteht im Zeitpunkt der Einbringung der Beschwerde und ist sofort fällig. Sie müssen daher bereits bei der Eingabe der Beschwerde die Zahlung nachweisen; Sie können dazu einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung der Eingabe anschließen.

Die Gebühr ist auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel (IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW) unter Angabe des jeweiligen Verfahrens (Geschäftszahl – GZ: von der ersten Seite) als Verwendungszweck zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung mittels „Finanzamtzahlung“ sind neben dem genannten Empfänger die Abgabekontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE-Beschwerdegebühr“ sowie das Datum des Bescheides (als Zeitraum) anzugeben.

Hinweis:

*Wenn Sie die Durchführung einer mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht wünschen, müssen Sie diese gleichzeitig mit der Erhebung der Beschwerde beantragen. **Bitte beachten Sie**, dass Sie, falls die Behörde von der Erlassung einer Beschwerdeentscheidung absieht, auf Ihr Recht auf Durchführung einer Verhandlung verzichten, wenn Sie in der Beschwerde keinen solchen Antrag stellen.*

Für die Steiermärkische Landesregierung
Die Abteilungsleiterin-Stellvertreterin i.V.

Dr. Karl Gollner
(elektronisch gefertigt)

Ergeht an:

1. die **Stadtgemeinde Bruck an der Mur, Koloman-Wallisch-Platz 1, 8600 Bruck an der Mur**, unter Anschluss des vorgelegten Aktes samt planlicher Darstellung, Wortlaut und Erläuterungsbericht (1fach) mit dem Auftrag, das Örtliche Entwicklungskonzept samt Wortlaut ehestmöglich, längstens jedoch binnen 2 Wochen nach Zustellung dieses Bescheides kundzumachen. Die Kundmachung kann nach dem beigelegten Kundmachungsmuster erfolgen und hat die Kundmachungsfrist nach der Gemeindeordnung 2 Wochen zu betragen. Die Rechtswirksamkeit der Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes beginnt mit dem Tag nach Ablauf der Kundmachungsfrist. Eine Kopie bzw. Abschrift der Kundmachung mit Anschlags- und Abnahmevermerk ist an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 13, Stempfergasse 7, 8011 Graz, unter Anführung des Geschäftszeichens zu übersenden.
2. A13 – örtliche Raumplanung i. Hause, unter Anschluss einer Ausfertigung zur Archivierung,
3. Pumpernig & Partner ZT GmbH, Mariahilferstraße 20, 8020 Graz, per Mail zur Kenntnis

